

## **Unterrichtung**

**durch die deutsche Delegation in der Parlamentarischen Versammlung  
der NATO**

**68. Jahrestagung der Parlamentarischen Versammlung der NATO vom  
18. bis 21. November 2022 in Madrid, Spanien**

### Inhaltsverzeichnis

	Seite
<b>1</b> <b>Teilnehmende der deutschen Delegation</b> .....	2
<b>2</b> <b>Schwerpunkte der Jahrestagung</b> .....	2
<b>3</b> <b>Politischer Ausschuss</b> .....	2
<b>4</b> <b>Ausschuss für Verteidigung und Sicherheit</b> .....	8
<b>5</b> <b>Ausschuss für Demokratie und Sicherheit</b> .....	12
<b>6</b> <b>Ausschuss für Wirtschaft und Sicherheit</b> .....	15
<b>7</b> <b>Ausschuss für Wissenschaft und Technologie</b> .....	18
<b>8</b> <b>Plenarsitzung</b> .....	20
<b>9</b> <b>Verabschiedete Entschlüsse</b> .....	23

## 1 Teilnehmende der deutschen Delegation

Die 68. Jahrestagung der Parlamentarischen Versammlung der Nordatlantikpakt-Organisation (North Atlantic Treaty Organization, NATO PV) fand vom 18. bis 21. November in Madrid, Spanien, statt. Der Deutsche Bundestag und der Bundesrat entsandten folgende Delegationsmitglieder:

Deutscher Bundestag:

Abgeordneter Dr. Johann David Wadehul, Delegationsleiter (CDU/CSU),  
Abgeordnete Marja-Liisa Völlers, stellvertretende Leiterin der Delegation (SPD),  
Abgeordnete Rebecca Schamber (SPD),  
Abgeordneter Wolfgang Hellmich (SPD),  
Abgeordnete Kerstin Vieregge (CDU/CSU),  
Abgeordnete Dr. Marie-Agnes Strack-Zimmermann (FDP),  
Abgeordneter Dr. Marcus Faber (FDP),  
Abgeordnete Merle Spellerberg (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN),  
Abgeordneter Jürgen Trittin (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN),  
Abgeordneter Gerold Otten (AfD).

Bundesrat:

Staatsminister Peter Beuth (CDU), Hessen  
Staatsminister Rainer Robra (CDU), Sachsen-Anhalt  
Senator Andreas Geisel (SPD), Berlin  
Minister Georg Maier (SPD), Thüringen  
Minister Boris Pistorius (SPD), Niedersachsen.

## 2 Schwerpunkte der Jahrestagung

Schwerpunkte der Tagung waren die Sicherheitsherausforderungen nach dem russischen Angriff auf die Ukraine, das neue strategische Konzept, die Gefahren des Terrorismus und die Herausforderungen für die Cybersicherheit. Ferner wurden die wirtschaftlichen Folgen des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine und die wirtschaftliche und militärische Zusammenarbeit zwischen der Ukraine und der NATO beraten.

Die Berichte und die Entschlüsse sowie die Zusammenfassungen der Beratungen in den Ausschüssen der Jahrestagung sind unter der NATO PA-Webseite innerhalb der „E-LIBRARY“ abrufbar.

## 3 Politischer Ausschuss

Der Politische Ausschuss tagte am Samstag, 19. November und am Sonntag, 20. November 2022 unter dem Vorsitz von Brendan Boyle (USA). Schwerpunkte der Beratungen waren die Herausforderungen nach dem russischen Angriff auf die Ukraine, die russische und belarussische Gesellschaft im Kontext des russischen Krieges gegen die Ukraine, die politische und sicherheitspolitische Anpassung der NATO als Reaktion auf den Krieg, die Reform des strategischen Konzepts, die Entwicklungen in Afghanistan sowie die NATO und der indopazifische Raum.

### 3.1 Vortrag von José M. Albares, spanischer Außenminister, zum Thema „Prioritäten für die NATO: Die spanische Perspektive im Kontext der russischen Invasion der Ukraine und der Herausforderungen an der Südflanke der NATO“

**Minister Albares** verurteilte den russischen Angriff auf die Ukraine und bekräftigte die historischen Beschlüsse des Madrider Gipfels und die feste Entschlossenheit Spaniens, der Ukraine beizustehen. Er betonte die Bedeutung der NATO-EU-Zusammenarbeit sowie der Sicherung der Südflanke des Bündnisses. Das schwierige Jahr 2022 werde in Spanien als das „NATO-Jahr“ in Erinnerung bleiben.

**Theo Francken** (Belgien) erkundigt sich nach Plänen für den Wiederaufbau der Ukraine. **Minister Albares** verweist auf einen Sonderfonds zum Schutz des ukrainischen Kulturerbes und unterstützt die Idee, eingefrorene russische Vermögenswerte für den Wiederaufbau zu verwenden. Er stimmt **César Mogo** (Spanien) zu, dass der technologische Vorsprung der NATO gegenüber Russland durch Investitionen bewahrt und der Gefahr einer

Kriegsmüdigkeit in Europa, insbesondere durch soziale Maßnahmen, entgegengewirkt werden müsse. Auf den Hinweis von **Yehor Cherniev** (Ukraine, Partner) auf die Initiative zur Einrichtung eines Sondertribunals zu den russischen Kriegsverbrechen betont **Minister Albares** die Bedeutung, die einer umfänglichen Aufklärung und Verfolgung aller begangenen Verbrechen zukomme. **Rasa Juknevičienė** (EP, Beobachter) erinnerte an die bevorstehende Abstimmung im EU-Parlament über die Einstufung Russlands als staatlicher Förderer von Terrorismus und erkundigt sich nach dem künftigen Beitritt der Ukraine zur EU und NATO. **Minister Albares** erklärt, der Weg zur EU-Mitgliedschaft sei bereits vorgezeichnet, ein NATO-Beitritt werde erst nach Kriegsende auf der Agenda stehen. **Osman Askin Bak** (Türkei) erwähnt das Getreideabkommen im Schwarzen Meer und möchte die Bedrohungen an der Südflanke der NATO konkretisiert wissen. **Minister Albares** dankt der Türkei für ihre Bemühungen zum Abschluss des Abkommens und stellt die kriegsbedingte Nahrungs- und Düngemittelkrise sowie die Folgen des Klimawandels als zentrale Bedrohungspotentiale heraus. **Audronius Azubalis** (Litauen) fragt, wie mehr europäische Wirtschaftshilfe für die Ukraine sichergestellt werden könne. **Minister Albares** verweist auf die finanzstarken Hilfspakete und die auf der Konferenz von Lugano getroffenen Entscheidungen. Die Sanktionen gegen Russland dürften nicht die Nahrungsmittelversorgung des globalen Südens gefährden. Auf die Frage von **Zsolt Nemeth** (Ungarn) legt er dar, dass die Bündnispartner definieren müssten, in welchen Bereichen China ein systembedingter Rivale oder Partner sein könne. Er verweist auf die Möglichkeit eines moderierenden chinesischen Einflusses auf Russland hin. **Theodora Tzakri** (Griechenland) kritisiert die Verletzung des Völkerrechts durch Russland und zieht eine Parallele zur türkischen Rolle im Zypern-Konflikt. **Ahmet Yıldız** (Türkei) widerspricht und stellt fest, dass die Gleichstellung unangemessen sei und dem Leiden der Ukrainer nicht gerecht werde. **Minister Albares** ruft zur Einigkeit der Bündnispartner auf. **Lord Anderson** (Vereinigtes Königreich) fragt, wie die NATO-Staaten mehr Länder dazu bewegen könnten, die Ukraine zu unterstützen. **Minister Albares** räumt ein, viele Länder des globalen Südens begriffen die russische Invasion der Ukraine als eine rein europäische Angelegenheit, die sie nichts angehe. Es gelte zu vermitteln, dass ein ungesühnter Angriffskrieg als Verstoß gegen die UN-Charta einen weltweiten Präzedenzfall schaffe, der zukünftig auch sie treffen könne. **Mimi Kodheli** (Albanien) weist auf den destruktiven Einfluss Russlands auf dem Westbalkan hin. **Minister Albares** drückt seine Besorgnis aus und betont zugleich die Unterstützung für den Dialog zwischen Pristina und Belgrad.

### **3.2 Vortrag von Javier Colomina, Sonderbeauftragter des NATO-Generalsekretärs für den Kaukasus und Zentralasien, zum Thema „Prioritäten der NATO nach dem Madrid-Gipfel: Einsatzfähigkeit der NATO in einem neuartigen strategischen Umfeld“ und Beratung des Generalberichtsentwurfs „Die politische und sicherheitsbezogene Anpassung der NATO als Reaktion auf den Krieg Russlands: Bewertung des neuen strategischen Konzepts und die Umsetzung der Beschlüsse des Madrider Gipfels“, vorgelegt von dem Generalberichtserstatter Tomas Valasek (Slowakei)**

**Javier Colomina** trägt vor, sieben zentrale Aspekte seien bei der Umsetzung des neuen strategischen Konzepts entscheidend: die Stärkung der Abschreckung und der Verteidigungsbereitschaft der NATO, insbesondere der „NATO-Speerspitze“ an der Ostflanke, die gesellschaftliche Widerstandsfähigkeit und der Schutz kritischer Infrastrukturen, spezielle Partnerschaften und die Zusammenarbeit mit gleichgesinnten Partnern in der ganzen Welt, verstärkte Aufmerksamkeit für die Südflanke, insbesondere für Einsätze in der Sahelzone, der geostrategische Wettbewerb mit Russland und China, Finnlands und Schwedens NATO-Beitritt sowie die Stärkung der Einheit und der transatlantischen Bindung.

**Tomas Valasek** erklärt, seit dem russischen Überfall auf die Ukraine seien Grundannahmen der europäischen Sicherheitsordnung, wonach symmetrische Kriege und die Drohung mit Atomwaffen durch eine zunehmende Vernetzung und Demokratisierung des Kontinents überwunden schienen, in Frage gestellt worden. Das strategische Konzept von 2022 gehe von der Annahme aus, dass der euro-atlantische Raum nicht mehr in Frieden lebe. Die russische Aggression als unmittelbarste Bedrohung für das Bündnis mache es erforderlich, ein neues Gleichgewicht zwischen den unmittelbar an der Ostflanke stationierten Truppen und den Einheiten in der Reserve zu finden. Insoweit sei die uneingeschränkte Unterstützung der Ukraine sowohl eine moralische als auch eine strategische Notwendigkeit. Die NATO müsse weiterhin für andere demokratische Staaten des euro-atlantischen Raums, die die Voraussetzungen eines Beitritts erfüllten, offenstehen. Angesichts unkonventioneller Bedrohungen, wie zum Beispiel durch Terror- und Cyberangriffe sowie Sabotageakte an der kritischen Infrastruktur, verliere der klassische Beistand nach Art. 5 des Nordatlantikvertrags zusehends an Bedeutung. In den Bereichen Cyberspace, Korruptionsbekämpfung, Desinformation und Energie seien neue Reaktionsmöglichkeiten entwickelt worden. Die Instabilität in Afrika und im Nahen Osten, die globale Erosion der Rüstungskontrolle und das zunehmend selbstbewusste Auftreten Chinas stellten die NATO vor neue Herausforderungen. Die Bündnispartner

müssten daher konsequent das im strategischen Konzept sehr viel präziser und verbindlicher formulierte „Zwei-Prozent-Ziel“ verfolgen, eine Rückkehr zur Politik der „Friedensdividende“ dürfe es nicht mehr geben.

Auf die Frage von **Sverre Myrli** (Norwegen) betonte **Tomas Valasek** die große Stärkung der Nordflanke, die durch den NATO-Beitritt von Schweden und Finnland erreicht werden könne. **Jürgen Trittin** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) bekräftigt, dass der Beitritt von Finnland und Schweden im Interesse aller Bündnispartner liege und nicht blockiert werden dürfe. **Theo Francken** (Belgien) erkundigte sich nach der Aufgabe der NATO beim Wiederaufbau der Ukraine und den Zusagen bezüglich der Verteidigungsausgaben. **Tomas Valasek** und **Javier Colomina** betonten, die NATO könne sich vor allem beim Wiederaufbau der Verteidigungskapazitäten der Ukraine und der verbesserten Interoperabilität mit der NATO einbringen. Das „Zwei-Prozent-Ziel“ sei eine Untergrenze und keine Obergrenze. Auf die Sorge von **Anna Maria Siarkowska** (Polen) über die Bedrohung durch Belarus, versicherte **Javier Colomina**, die NATO habe eine eindeutige Einschätzung der Sicherheitslage hinsichtlich Belarus. **Jennifer O'Connell** (Kanada) erkundigt sich nach dem Schutz vor hybriden Bedrohungen und Cyberangriffen. **Tomas Valasek** erklärt, die NATO habe Fortschritte erzielt und insbesondere die Einrichtung der hierauf spezialisierten *Emerging Security Challenges Division* eingerichtet. **Javier Colomina** verwies auf die „DIANA“-Initiative (*Defence Innovation Accelerator of the North Atlantic*), welche die Innovationstätigkeit der einzelnen NATO-Partner besser koordinieren und insbesondere die vollständige Interoperabilität sämtlicher NATO-Systeme erreichen solle, die Schaffung von Innovationszentren und die neuen Strategien in Bezug auf Datenerfassung, Quantentechnologie, die Auswirkungen von disruptiven Technologien sowie die Zusammenarbeit mit indopazifischen Partnern. Auf die Fragen von **Ana-Maria Catauta** (Rumänien) betonten beide, neben der Ostflanke werde auch die Schwarzmeerregion verstärkt in den Fokus genommen. **Rasa Juknevičienė** (EP, Beobachter) erkundigte sich, ob im Südkaukasus und Zentralasien eine Abkehr von Russland zu erwarten sei. **Javier Colomina** erklärte, in beiden Regionen werde eine Neubewertung der Außenpolitik vorgenommen, voreilige Schlüsse könnten aber wegen der weiterhin bestehenden russischen Einflüsse nicht gezogen werden. Auf die Flüchtlings- und Migrationsfrage angesprochen, betont **Tomas Valasek** die Bedeutung der Bekämpfung von Fluchtursachen und der Fortdauer von „Out-of-Area“-Missionen. **Javier Colomina** fügte hinzu, die NATO überwache die Migration zur See, zudem gehe das strategische Konzept auf die irreguläre Migration ein. Auf Nachfrage von **Irakli Beraia** (Georgien, Partner), betont **Javier Colomina** die wertvolle Partnerschaft mit Georgien und sichert ihm, entsprechend der Bukarester Beschlüsse, weiterhin die Hilfe der NATO bei der Erfüllung der Beitrittsanforderungen zu. **Boris Pistorius** (Niedersachsen) appelliert, mehr in die Verteidigung zu investieren, aber auch Solidarität mit den ukrainischen Flüchtlingen zu zeigen. **Njall Trausti Fridbertsson** (Island) möchte mehr über die Sicherheitsherausforderungen in der Arktis erfahren. **Tomas Valasek** stellt fest, dass sie zu einem Ort künftiger militärischer Konfrontationen werden könne, da Russland weiterhin in seine dortigen Truppen investiere. **Javier Colomina** fügt hinzu, die NATO-Mitglieder im Arktischen Rat müssten in Sicherheitsfragen die Initiative ergreifen.

### **3.3 Vortrag von Veerle Nouwens, wissenschaftliche Mitarbeiterin am Königlichen Institut der Vereinigten Streitkräfte für Verteidigungs- und Sicherheitsstudien und Leiterin des Indopazifik-Programms, zum Thema „China nach dem XX. Parteitag: Politische Ergebnisse und Auswirkungen auf globale Angelegenheiten“ und Beratung des Berichtsentwurfs des Unterausschusses für NATO-Partnerschaften zum Thema „Die NATO und die indopazifische Region“, vorgelegt von dem Berichterstatter Marcos Perestrello (Portugal)**

**Veerle Nouwens** beschrieb die seit dem letzten Parteitag der Kommunistischen Partei bestehende totale Kontrolle von Präsident Xi Jinping über das Land und dessen Schwerpunkt auf die Sicherheitspolitik. Obwohl sich das außenpolitische Umfeld nicht unbedingt zugunsten Chinas entwickle, strebe das Land weiterhin an, sich als globaler Ordnungsfaktor gegen den Westen durchzusetzen.

**Marcos Perestrello** erklärte, die europäischen Bündnispartner dürften den Indopazifik aufgrund der wichtigen Rolle, die die Region einnehme, nicht aus dem Blick verlieren. Vor allem NATO-Mitglieder mit besonders ausgeprägten maritimen Fähigkeiten, wie die Vereinigten Staaten von Amerika, Frankreich und das Vereinigte Königreich, sollten ihre Präsenz aufrechterhalten und sich verstärkt untereinander koordinieren. Die Partnerschaften mit gleichgesinnten Staaten in der Region sollten intensiviert werden, um dem Einfluss der autoritären Kräfte Russland und China in Asien, Afrika und Lateinamerika entgegenzuwirken. Besondere Bedeutung komme der intensiveren Kooperation mit Indien als Mitglied der Quad-Gruppe und den ASEAN-Staaten zu. Die Ausgestaltung der zukünftigen Beziehungen zu China hänge davon ab, wie sich China zum russischen Angriff auf die Ukraine positioniere. In Bereichen wie beispielsweise der Rüstungskontrolle, der Denuklearisierung Nordkoreas,

der Terrorgefahr aus Afghanistan und dem Klimawandel sei eine Zusammenarbeit notwendig. Chinesischen Versuchen, einzelne Bündnispartner wie zum Beispiel Litauen einzuschüchtern, müsse gemeinsam entgegengetreten werden. Da Pläne für einen NATO-China-Rat, angesichts der chinesischen Präferenz für bilaterale Gesprächsformate, auf absehbare Zeit nicht realisierbar seien, müsse diese Kooperation auf bilateraler Ebene fortgeführt werden. Allerdings sei von entscheidender Bedeutung, auch in bilateralen Formaten eine gemeinsame NATO-Linie zu verfolgen. Eine verringerte Abhängigkeit von China, insbesondere im Bereich der kritischen Infrastrukturen, sei erstrebenswert.

In ihrer Antwort an **Lord Hamilton** (Vereinigtes Königreich) erklärt **Veerle Nouwens**, dass die chinesische „Neue Seidenstraße“ aus verschiedenen Einzelprojekten bestehe und nicht als monolithisches Vorhaben verstanden werden dürfe. **Jennifer O'Connell** (Kanada) schlug vor, in den Bericht das regionale Engagement Kanadas und insbesondere den Austausch von geheimen Informationen zwischen den USA, Kanada, Neuseeland und Australien, der sogenannten „Five Eyes“-Allianz aufzunehmen. **Kate Thwaites** (Australien, Beobachter) drückt die Wertschätzung ihres Landes gegenüber der NATO aus und fragte nach den Beziehungen zwischen den beiden Präsidenten Xi und Putin. **Veerle Nouwens** erklärte, China sei sehr darauf bedacht, keine roten Linien zu überschreiten. Auf eine entsprechende Frage von **Audronius Azubalis** (Litauen) versichert sie, dass sich die Kluft zwischen den Chinapolitiken der EU und der USA geschlossen habe, in den Bereichen Handel, Technologie und Kontrollen jedoch einige Differenzen bestehen blieben. Zu den Bedenken von **Lord Anderson** (Vereinigtes Königreich), dass sich das Bündnis überdehnen könne, wies **Marcos Perestrello** darauf hin, dass die NATO über den Tellerrand hinausblicken müsse, da Konflikte im indopazifischen Raum auch Auswirkungen auf die Sicherheit im euro-atlantischen Raum haben würden. Die Frage von **Thomas Gassilloud** (Frankreich), ob Artikel 5 des Nordatlantikvertrags die überseeischen Gebiete der Bündnispartner einschließe, blieb unbeantwortet, in diesem Zusammenhang erklärte **César Mogo** (Spanien), dass sich seines Erachtens die Bündnisverpflichtung auch auf die spanischen Gebiete Ceuta und Melilla erstrecke. Abschließend warnte **Veerle Nouwens** vor chinesischen Aktivitäten in der Allianz, bei welchen chinesische Diplomaten und Beamten zunehmend die nationalen Gesetze der Gaststaaten, etwa durch die Einrichtung inoffizieller „Übersee“-Polizeistationen, ignorierten.

### 3.4 Vortrag von **Clint Reach**, **RAND Corporation**, zum Thema „Russlands Krieg gegen die Ukraine: Militärische und politische Aspekte“

**Clint Reach** legte den Fokus auf die Einflüsse verschiedener identitätspolitischer Strömungen in Russland auf die Außenpolitik. Er stellte eine grobe Kategorisierung in fünf verschiedene Lager vor: „Westler, Statiker, Eurasier, Neokommunisten und Nationalrevanchisten“. Während das erste Lager Russland in die westliche Staatengemeinschaft integrieren wolle, betonten die weiteren vier Lager in aufsteigender Intensität die Stellung Russlands als eigenständige und dem Westen ebenbürtige Großmacht, welche sich durch die Autokratie, den christlich-orthodoxen Glauben und die slawische Kultur auszeichne. Diese strebten an, den Raum der ehemaligen Sowjetrepubliken, was als „das nahe Ausland“ bezeichnet werde, und insbesondere die Ukraine, als eine exklusiv-russische Einflusssphäre zu erhalten. Nachdem in der Jelzin-Ära der „Westler“ noch erheblichen Einfluss in Russland genossen und im Westen die Hoffnung auf eine konstruktive Zusammenarbeit im Aufbau eines gemeinsamen Europas geweckt hätten, seien diese Kräfte seit der Machtübernahme von Präsident Putin schrittweise verdrängt und durch Vertreter der anderen vier Lager ersetzt worden. Dieser Machtverlust der „Westler“ stehe im Gegensatz zur Entwicklung der Ukraine, in welcher eine kritische Masse an prowestlichen Kräften erreicht worden sei, die gewillt seien, sich der russischen Aggression entgegenzustellen. Putin habe diese Entschlossenheit der Ukraine unterschätzt und erlebe daher die verheerenden Folgen dieser Fehleinschätzung. Aus Enttäuschung über diesen Misserfolg würde in Russland die allgemeine Stimmung immer fanatischer und aggressiver gegenüber dem Westen. Der Kreml könne dadurch verleitet werden, die Verluste an professionellen Soldaten und Kriegsmaterial durch immer größere Mobilisierungswellen zu kompensieren. Die Entscheidungsträger in den NATO-Staaten sollten ein Russland ernst nehmen und entsprechende Antwortstrategien ausarbeiten, das aufgrund seiner schwindenden konventionellen Stärke immer mehr auf Nuklearwaffen, Cyber-Angriffe und die Destabilisierung vulnerabler Staaten im Westen angewiesen sei.

Auf die Frage von **Antoine Villedieu** (Frankreich), wie verhindert werden könne, dass westliche Waffenlieferungen in die falschen Hände gerieten, antwortet **Reach**, dass insoweit eine Risikoabwägung zwischen dem Mehrwert von Waffensystemen für die Ukraine und der Gefahr, dass diese in die Hände Russlands oder in andere Konfliktregionen geraten könnten, notwendig sei. Auf die Frage von **Lord Hamilton** (Vereinigtes Königreich) ordnete er Michail Gorbatschow dem neokommunistischen Lager zu. **Juozas Olekas** (EP, Beobachter) interessierte sich, inwiefern die NATO-Osterweiterung Einfluss auf die Ukraine-Politik Russlands habe. **Clint Reach** schätzte dessen Folgen als relativ gering ein, vielmehr seien jahrhundertealte russische Ambitionen der Herrschaft über die

Ukraine hauptsächlich für den Angriff gewesen. **Rasa Jukneviene** (EP, Beobachter) kritisiert die Idee einer schrittweisen Radikalisierung Putins vom „Statiker“ hin zum „Nationalrevanchisten“; vielmehr müsse seine Vergangenheit als KGB-Agent und Vertreter eines seit 1917 unverändert verbrecherischen Terrorstaats miteinbezogen werden. Nur eine „Entputinisierung“, verbunden mit einer schonungslosen Aufarbeitung der begangenen Verbrechen, analog zu derjenigen in Deutschland nach 1945, könne zukünftige Angriffe Russlands auf seine Nachbarn effektiv verhindern. Nach einer Frage von **Gilbert Roger** (Frankreich), wie die Rolle des Anführers der sogenannten „Wagner-Gruppe“, Prigoschin, einzuordnen sei, erklärte **Reach**, dass manche Analysten ihm Ambitionen auf die Führung Russlands zuschrieben, er aber davon ausgehe, dass dieser lediglich den russischen Verteidigungsminister Schoigu ersetzen wolle. **Thomas Valasek** (Slowakei) möchte wissen, wie die Eliten und die breite Masse des russischen Volkes auf eine isolationsbedingte Verarmung des Landes reagieren würden. **Reach** betonte, dass ohne die Aufrechterhaltung eines ökonomischen Mindeststandards, der vor allem durch die Beziehung zu Staaten wie der Türkei und China sichergestellt sei, Putin auf ernsthaften Widerstand stoßen würde. Zuletzt weist **Ahmet Yildiz** (Türkei) auf die potentiellen geopolitischen Verwerfungen im Südkaukasus und Zentralasien hin. **Reach** erklärte, Russlands Einfluss könne dort in Abhängigkeit von der Entwicklung des Kriegs schwinden.

### **3.5 Beratung des Berichtsentwurfs des Unterausschusses „Transatlantische Beziehungen“ zum Thema „Die Entwicklungen in Afghanistan: Ursachen, Folgen und politische Herausforderungen“, vorgelegt von dem Berichterstatter Ahmet Yildiz (Türkei)**

**Ahmet Yildiz** erklärte, der Afghanistan-Einsatz der NATO von 2001 bis 2021 sei der längste und wahrscheinlich der schwierigste Einsatz in der Geschichte der NATO gewesen. Auch wenn die russische Aggression gegen die Ukraine nun im Fokus stehe, dürfe Afghanistan und die dortige Menschenrechtslage, insbesondere der Frauen, nicht vergessen werden. Die Machtübernahme durch die Taliban erhöhe die Terrorgefahr im Land und international. Das sicherheitspolitische Vakuum ermögliche Al Qaida und dem lokalen Ableger der Terrororganisation „Islamischer Staat“ Terroranschläge und Angriffe auf ethnische Minderheiten zu verüben. Die Herrschaft der Taliban dürfe nicht legitimiert werden. Dennoch müssten Wege für die Hilfe, für die von einer massiven Nahrungsmittelkrise betroffene Bevölkerung gefunden werden, besonders wichtig seien die Hilfen von UNICEF. Angesichts der katastrophalen Folgen für Afghanistan und für die internationale Sicherheit, müsse das Bündnis sich eingestehen, dass die Herausforderungen des Nation-Buildings sowohl in zeitlicher als auch ressourcentechnischer Hinsicht falsch eingeschätzt worden seien. Für zukünftige Einsätze sei daher wichtig, die Kooperation sowohl zwischen zivilen und militärischen Stellen, als auch unter den einzelnen Bündnispartnern, anhand der Leitlinien der „Powell-Doktrin“ zu intensivieren. Hierzu könne die Versammlung einen wichtigen Beitrag leisten.

**Lord Hamilton** (Vereinigtes Königreich) erkundigte sich nach der Bedeutung des NATO-Abzugs aus Afghanistan für die russische Entscheidung, die Ukraine anzugreifen. **Ahmet Yildiz** äußerte die Möglichkeit, dass der Abzug Putin darin bestärkt habe, ein vermeintliches Schwächemoment des Westens auszunutzen zu können. Zuletzt mahnte **Ahmet Berat Conkar** (Türkei), die Flüchtlingswellen aus dem Land nicht als Bedrohung, sondern als Folge von Krieg und Terror zu verstehen.

### **3.6 Vortrag von Andriy Kostin, Generalstaatsanwalt der Ukraine, zum Thema „Russlands Aggression und Kriegsverbrechen in der Ukraine“**

**Andriy Kostin** dankte für die Solidarität Europas und der NATO und betonte die Bedeutung einer unabhängigen und starken Ukraine für die Stabilität des euro-atlantischen Raums. Eine strafrechtliche Verfolgung der russischen Führung sei dringend notwendig. Das Verbrechen der Aggression ermögliche erst alle anderen Kriegsverbrechen zu verfolgen, jedoch sei hier der Internationale Strafgerichtshof (IStGH) auf die Verfolgung von Völkermord, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen beschränkt. Er rief die Weltgemeinschaft und insbesondere die NATO-Staaten dazu auf, die Einrichtung eines ad hoc-Straftribunals zur Verfolgung des Verbrechens der Aggression durch Russland zu unterstützen. Bislang seien 47.000 Fälle von Kriegsverbrechen, wie beispielsweise Tötungen, Folter, Misshandlungen, sexuelle Gewalt, Vertreibungen, Internierung in Konzentrationslager und Plünderungen registriert worden. Die Anzahl der getöteten Zivilisten liege bei über 8.000, darunter mehr als 400 Kinder. Der Raketenhagel auf Städte und die gezielte Ausschaltung der Energieinfrastruktur und Wärmeversorgung könne nur als russischer Terror gegen die ukrainische Zivilbevölkerung verstanden werden. Massengräber mit Zivilisten und Kriegsgefangenen in den befreiten Orten Isjum, Butscha und Irpin stünden sinnbildlich für die brutale russische Kriegsführung. Es dürfe angesichts dieser Verbrechen keine Straffreiheit für die russischen Täter geben. Zur Frage der Reparation erklärt er, die Ukraine sei das Opfer einer in Europa seit dem Zweiten Weltkrieg unerreichten Zerstörungswut. Daher müssten Finanzmittel der russischen Täter beschlagnahmt werden.

Die juristische Durchführung sei äußerst langwierig, die kriegsgeschundene Ukraine benötige jedoch schnell diese Mittel. Er forderte die Einrichtung eines internationalen Kompensationsmechanismus. Er betonte, die Ukraine werde nicht nur den Kampf auf dem Schlachtfeld, sondern auch den juristischen Kampf gegen die russische Aggression gewinnen.

**Rudolf Koole** (Niederlande) fragt nach der Bedeutung des Urteils im Prozess um den Abschuss des Passagierflugzeugs MH-17 bei der Etablierung eines Sondertribunals. **Andriy Kostin** bezeichnet die Sachverhaltsermittlung durch ein internationales Team als wichtige Vorbereitung. Die beteiligten ukrainischen Kolleginnen und Kollegen hätten dabei wertvolle Erfahrungen gemacht, welche ihnen nun bei der Aufklärung der seit dem Februar 2022 begangenen Kriegsverbrechen helfen würden. Zudem stelle die Verurteilung der Angeklagten in Abwesenheit einen wichtigen Präzedenzfall dar. **Keith Pitt** (Australien, Beobachter), **Spilios Livanos** (Griechenland) und **Valerie Vaz** (Vereinigtes Königreich) betonten die Absicht ihrer Staaten, die Ukraine auch in Zukunft weiterhin solidarisch zu unterstützen. Auf die Frage von **Arta Bilalli-Zendeli** (Nordmazedonien) nach der Beweisermittlung durch ukrainische Stellen erläutert **Andriy Kostin** die personellen Herausforderungen. In den letzten zwei Monaten seien über 40 Staatsanwälte zusätzlich eingestellt worden, angesichts der Masse an russischen Verbrechen müssten jedoch Personenschäden gegenüber Sachschäden priorisiert werden. Mit Staaten, die besonders viele ukrainische Flüchtlinge aufgenommen hätten, arbeite man sehr eng zusammen, um mögliche Zeugen russischer Verbrechen erreichen und zu Aussagen motivieren zu können. Er erläutert Pläne, wonach zukünftig ukrainische Zivilisten durch individuelle Dokumente nachweisen könnten, dass ihnen kausal durch die russische Aggression Schäden entstanden seien, um dann in einem automatisierten Kompensationsmechanismus Entschädigungen zu erlangen. **Valery Vaz** (Vereinigtes Königreich) schlug vor, bei der Aufarbeitung Wahrheitskommissionen nach südafrikanischem Muster einzurichten und das eingefrorene Vermögen russischer Oligarchen für den Wiederaufbau der Ukraine einzusetzen. **Andriy Kostin** sprach sich grundsätzlich für den Einsatz dieser Vermögen aus, betont aber zugleich, dass die Ukraine sehr schnell an finanzielle Mittel kommen müsse. **Rasa Juknevičienė** (EP, Beobachter) betonte die Einstufung Russlands als Terrorstaat durch das EU-Parlament als wichtige Voraussetzung der juristischen Aufarbeitung. **Ante Bacic** (Kroatien) unterstrich die Solidarität seines Landes mit der Ukraine, da es in den 1990er Jahren ebenfalls Opfer einer Aggression geworden sei. **Andriy Kostin** betonte den Mehrwert, den Kroatien bei der Aufarbeitung von Kriegsverbrechen einbringen könne.

### 3.7 Vortrag von Haizam Amirah-Fernández, Senioranalyst für das Mittelmeer und die Arabische Welt des Real Instituto Elcano, zum Thema: „Die politische und sicherheitsbezogene Entwicklung des Maghreb“

**Haizam Amirah-Fernández** berichtet über die zunehmenden Spannungen im Maghreb, den Mangel an regionaler Integration und den Einfluss des aktuellen Weltgeschehens auf die nordafrikanische Region. Besonders der Dauerkonflikt zwischen den Nachbarstaaten Marokko und Algerien um den Status der Westsahara und zuletzt zu den Beziehungen zu Israel würden die Instabilität an der Südflanke der NATO befördern. Hinzukämen die wirtschaftlichen und politischen Folgen der andauernden großen Jugendarbeitslosigkeit in der Region und die Nahrungsmittelkrise infolge des russischen Angriffs auf die Ukraine.

**Noureddine Benkortbi** (Algerien, Beobachter) betont die Rolle Algeriens bei der Steuerung der Migration nach Europa. **Fernando Gutiérrez** (Spanien) erkundigt sich nach den russischen Interventionen in der Sahelzone und fordert, Wirtschaftsmigranten nicht zu kriminalisieren. **Amirah-Fernández** erklärte, dass der russische Einfluss in der Region von einem erstarkenden antieuropäischen Propagandanarrativ flankiert werde. **Lord Anderson** (Vereinigtes Königreich) erkundigt sich nach dem Konflikt zwischen Marokko und der Westsahara und den Aussichten für einen marokkanischen Beitritt zur „Abraham Accords Declaration“, zur Normalisierung der arabisch-israelischen Beziehungen. **Amirah-Fernández** erklärte, Marokko stelle die Westsahara-Frage als „heilige Sache der nationalen Einheit“ dar, könne den Konflikt aber aufgrund der ablehnenden Haltung der dortigen Bevölkerung seit Jahrzehnten nicht lösen. Er gehe nicht davon aus, dass sich Marokko vor einer Lösung des israelisch-palästinensischen Konflikts der Deklaration anschließen werde. **Julie Dzerowicz** (Kanada) sprach den Einfluss Kanadas in Mali und die demokratischen Werte im Maghreb an. **Amirah-Fernández** bejahte die zunehmenden kanadischen Wirtschaftsinteressen in der Region, betonte zugleich, dass die Bevölkerung unter dem Eindruck der andauernden Krise sich eher nach einer möglichst effektiven Regierungsführung, denn nach Demokratie sehne. **Theo Francken** (Belgien) stellte fest, dass die NATO, anders als in Afghanistan, in Libyen, nicht interveniert habe und möchte wissen, wie der zunehmenden Abkehr Algeriens vom Westen entgegengewirkt werden könne. **Amirah-Fernández** erklärte, Algerien arbeite eng mit Europa zusammen. Auf die Frage von **Lord Hamilton** (Vereinigtes Königreich) erklärte er, dass Spanien etwa 30 Prozent und Italien etwa 30 bis 40 Prozent seiner Erdgaslieferungen aus Algerien erhalte. Auf die Frage von **Ahmet Yıldız** (Türkei), äußerte **Amirah-Fernández**,

die Entwicklung Tunesiens sei ungewiss, da der demokratische Prozess seit dem arabischen Frühling keine wirtschaftlichen Früchte getragen habe. Die Ausführungen von **César Mogo** (Spanien) über die enormen Herausforderungen an der NATO-Südflanke ergänzte **Haizam Amirah-Fernández** mit einer Darstellung der Auswirkungen des Autoritarismus in der Region sowie der diesbezüglichen Frustration und Resignation in der Bevölkerung. **Valerie Vaz** (Vereinigtes Königreich) erkundigte sich, wie die Demokratien und eine längerfristige Stabilität im Maghreb gefördert werden könne. **Haizam Amirah-Fernández** schlug die Förderung der Gründung einer arabischen Gemeinschaft für Sonne und Wasser vor.

### **3.8 Beratung und Abstimmung über den Entschließungsentwurf „NATO-Gipfel nach Madrid: Fit für die Zukunft in einer neuen strategischen Ära“, vorgelegt von dem Generalberichterstatter Tomas Valasek (Slowakei)**

Im Entschließungsentwurf wird der brutale und völkerrechtswidrige russische Angriffskrieg gegen die Ukraine auf das Schärfste verurteilt. Niemals würde die Internationale Gemeinschaft die illegalen Versuche Russlands, ukrainisches Staatsterritorium zu annektieren, akzeptieren. Man werde der Ukraine unerschütterlich und solidarisch beistehen und sich nach dem Krieg gemeinsam für deren NATO-Beitritt einsetzen. Die Drohungen Russlands und die Verletzung von Rüstungskontrollverträgen seien unverantwortlich und vollkommen inakzeptabel. Es sei daher unerlässlich, dass die NATO sich im Sinne einer verstärkten Vorwärtsverteidigung und erheblichen Aufstockung ihrer Streitkräfte umstrukturiere. **Tomas Valasek** erklärte, man sei sich der negativen Auswirkungen dieses Krieges auf die Entwicklungsländer bewusst und werde der Bedrohung durch Terrorismus und Herausforderungen wie der Instabilität an der Südflanke, Cyberangriffen und hybriden Operationen, den sicherheitspolitischen Auswirkungen des Klimawandels, der irregulären Migration und dem Menschenhandel, Bedrohungen der Energiesicherheit sowie der Verbreitung von Massenvernichtungswaffen entgegenzutreten. Für die russischen Verbrechen solle die Einrichtung eines Internationalen Gerichtshofs zur Verfolgung des Verbrechens der Aggression sowie ein internationaler Entschädigungsmechanismus gefördert werden. Man solle gemeinsam eindeutig erklären, dass Russland unter seinem derzeitigen Regime ein Terrorstaat sei. Der Beitritt Finnlands und Schwedens werde „von ganzen Herzen“ begrüßt, die Politik der offenen Tür gegenüber der Ukraine, Georgien und Bosnien-Herzegowina fortgeführt. Zugleich schätze man die verstärkte Kooperation mit der EU und gleichgesinnten Partnern auf der ganzen Welt. China sei ein strategischer Konkurrent und eine systemische Herausforderung für die euro-atlantische Sicherheit. Mit Peking solle jedoch in bestimmten Bereichen, wie der Rüstungskontrolle und bei der Bekämpfung des Klimawandels, ein konstruktiver Dialog gesucht werden.

Von den 37 Änderungsvorschlägen wurden 18 angenommen. Die deutsche Delegation hatte fünf Änderungen eingereicht, davon wurde einer angenommen. **Dr. Johann David Wadephul** (CDU/CSU) sprach sich für die Aufnahme eines neuen Unterpunktes aus, worin nachdrücklich dazu aufgefordert wird „den internen Ratifizierungsprozess ohne weitere Verzögerung einzuleiten, um sicherzustellen, dass der NATO-Gipfel im Sommer 2023 mit 32 Vollmitgliedern stattfinden kann“. Der Änderungsantrag wurde in veränderter Form „die Ratifizierung des Beitritts Finnlands und Schwedens zum Nordatlantikbündnis schnellstmöglich abzuschließen“ angenommen. Der deutsche Änderungsantrag, die Formulierung „klarzustellen, dass angesichts der eklatanten und wiederholten Verstöße Russlands gegen die NATO-Russland-Grundakte dieses Dokument mit seinen Bestimmungen, die die Vornedislozierung von NATO-Streitkräften begrenzt, nunmehr nichtig ist“, durch die Aufforderung „klarzustellen, dass Russland wiederholt die NATO-Russland-Grundakte verletzt“ zu ersetzen, fand hingegen keine Mehrheit.

## **4 Ausschuss für Verteidigung und Sicherheit**

Der Ausschuss für Verteidigung und Sicherheit tagte am Samstag, 19. November 2022, sowie am Sonntag, 20. November 2022 unter dem Vorsitz von Utku Cakirozer (Türkei). Schwerpunkt der Beratungen waren die Folgen des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine sowie die Gefahren des Terrorismus und Herausforderungen für die Cybersicherheit.



#### **4.1 Diskussion mit der spanischen Verteidigungsministerin Margarita Robles zum Thema „Die Prioritäten der spanischen Verteidigungspolitik, der Gipfel von Madrid und Spaniens Rolle innerhalb des Bündnisses“**

**Margarita Robles** bekundete die spanische Unterstützung und Solidarität mit der Ukraine. Staatspräsident Putin sei alleine verantwortlich für diesen Krieg. Das strategische Konzept der NATO spiegle viele Prioritäten Spaniens wider. Wichtig sei, die Sahelzone und sich entwickelnde Krisenherde in Afrika nicht zu vergessen. NATO und EU ergänzten sich gegenseitig. Unabdingbarer Bestandteil des nationalen Sicherheitskonzepts sei die „Agenda für Frauen, Frieden und Sicherheit“. Spanien bekenne sich dazu, das Zwei-Prozent-Ziel bis 2029 umzusetzen.

Auf die Frage von **Alec Shelbrooke** (Vereinigtes Königreich), welche Ausgaben Spanien bis 2029 im Rahmen der Verteidigungsstrategie tätigen wolle, führte **Robles** aus, die spanischen Verteidigungsausgaben setzten sich aus Mitteln für bestimmte Einsätze und Missionen sowie aus Anfragen, wie beispielsweise Modernisierungsprogrammen, zusammen. **Cédric Perrin** (Frankreich) fragte, wo mehr Potenzial für Kooperationen zwischen Frankreich und Spanien im Bereich der Verteidigung bestehe. **Robles** antwortete, sie sei sehr zufrieden mit den aktuellen Kooperationen zwischen den beiden Ländern sowie zwischen der NATO und der EU. Der russische Angriffskrieg auf die Ukraine habe bewiesen, dass die NATO keineswegs „hirntot“ sei. Sie wünsche sich mehr Kooperationen zum Schutz der NATO-Südflanke und hob Mali und Senegal als positive Beispiele einer gelungenen Zusammenarbeit hervor. Eine ukrainische Delegierte erkundigte sich, ob und wann die im Rahmen des Ramstein-Formats von Spanien zugesagten HAWKS-Waffensysteme geliefert werden würden und ob es weitere konkrete Pläne für spanische Waffenlieferungen in die Ukraine gebe. **Robles** erwiderte, Spanien habe bereits vier HAWKS-Systeme geliefert und die Lieferung von zwei weiteren sei in Planung. In Bezug auf die Lieferung anderer Waffensysteme wollte sie sich aufgrund von Sicherheitsbedenken nicht äußern. Auf die Frage eines französischen Delegierten zu konkreten Bedrohungen an der NATO-Südflanke erwiderte **Robles**, dass ihr besonders der russische Einfluss in vielen afrikanischen Ländern, welcher auch über die „Wagner-Gruppe“ ausgeübt werde, Sorgen bereite.

#### **4.2 Diskussion mit dem spanischen Generalstabschef Teodoro Esteban Lopez Calderon zum Thema „Kapazitäten der spanischen Streitkräfte, ihre Rolle in NATO-Initiativen und zukünftige Planungen“**

**Teodoro Esteban Lopez Calderon** legte dar, ein 360-Grad-Ansatz sei für Spanien von großer Bedeutung. Die Sahelregion dürfe nicht vergessen werden. Spanien bekenne sich zum Bündnis und strebe danach, seine Fähigkeiten in den Bereichen Abschreckung und Verteidigung entsprechend der Bündnisziele auszubauen. In Bezug auf den Krieg in der Ukraine führte er aus, dass dieser der erste Cyberkrieg sei. Desinformationskampagnen seien zu einem Mittel der Kriegsführung geworden, daher sei Konnektivität der NATO-Bündnispartner unabdingbar und insbesondere geheimdienstliche Informationen müssten sicher ausgetauscht werden können, um Desinformation entgegenzuwirken. Auf die Frage eines griechischen Delegierten, wie Spanien Cyberkriegsführung konkret entgegenrete, führte er aus, dass mehrere Arbeitseinheiten im Verteidigungsministerium zum Schutz von Industrie und kritischer Infrastruktur vor Cyberangriffen eingerichtet worden seien. Auf die Frage nach den konkreten Bedrohungen in der Sahelregion erklärte er, Russland verschaffe sich hier immer nach dem gleichen Muster Einfluss, indem es durch die Entsendung von Söldnern neuen Regierungen in der Region helfe, sich zu etablieren. Dies führe in den umgebenden Ländern zu Instabilität und einer Ausbreitung des Terrorismus. Auch verschaffe sich Russland Zugriff auf Bodenschätze.

#### **4.3 Beratung des Generalberichtsentwurfs „Russlands Invasion der Ukraine: Konsequenzen für die kollektive Verteidigung der Bündnisstaaten und Anforderungen an das neue strategische Konzept“, vorgelegt von dem Generalberichterstatter Cédric Perrin (Frankreich)**

**Cédric Perrin** erklärte, der rechtswidrige und durch nichts zu rechtfertigende Überfall Russlands auf die Ukraine beweise, dass Russland die Sicherheit und Stabilität Europas bedrohe und aktiv sabotiere. Das neue strategische Konzept der NATO biete Gelegenheit, die gemeinsame Zielsetzung des Bündnisses zum Ausdruck zu bringen, die in der Verteidigung eines gemeinsamen Wertekanons und gemeinsamer Grundsätze bestehe, welche in einer neuen Ära eskalierender Bedrohungen und strategischen Wettbewerbs auf dem Spiel stünden. Die Parlamente der Mitgliedsstaaten spielten eine Schlüsselrolle bei der Finanzierung und Unterstützung der Ergebnisse des Gipfels von Madrid. Die Bündnispartner müssten ihre Investitionen in ihre Verteidigungsinstitutionen erhöhen. Alle Bündnispartner seien aufgefordert, mindestens zwei Prozent des Bruttosozialprodukts für die Verteidigung auszugeben. Einige europäische Bündnispartner und Kanada hätten ihre Verteidigungsausgaben im Jahr 2021 zum siebten Mal in Folge erhöht. Die rechtswidrige Annexion der Krim 2014 sei Auslöser für diese Entwicklung

gewesen. Er rief die Bündnispartner dazu auf, unverzüglich das neue Modell zur Modernisierung der Struktur der NATO-Streitkräfte und zur Verstärkung der Präsenz des Bündnisses an der Ostflanke unter Beibehaltung eines 360-Grad-Ansatzes umzusetzen. Deutschland sei das prominenteste Beispiel für die im gesamten Bündnis zu beobachtende Trendwende. Am 27. Februar 2022 habe der deutsche Bundeskanzler Olaf Scholz einen radikalen Umbruch bei den deutschen Verteidigungsausgaben angekündigt: Deutschland werde das „Zwei-Prozent-Ziel“ ab sofort einhalten und einen 100-Milliarden-Euro-Fonds für die Streitkräfte einrichten.

In der Fragerunde erkundigte sich **Mike Turner** (USA), wie der russischen atomaren Erpressung begegnet werden könne. **Perrin** erläuterte, insbesondere durch Sanktionen müsse mehr Druck auf Russland ausgeübt werden. **Bastiaan van Apeldoorn** (Niederlande) erkundigte sich, ob bereits die Möglichkeit zu Verhandlungen zwischen Russland und der Ukraine gesehen werde. **Perrin** antwortete, die Ukraine müsse hier selbst den Anstoß geben.

#### **4.4 Beratung des Berichtsentwurfs des Unterausschusses „Transatlantische Verteidigungs- und Sicherheitszusammenarbeit“ zum Thema „Die terroristische Bedrohung im Wandel: Anpassung der Reaktion der Verbündeten“, vorgelegt von dem Berichterstatter Jean-Charles Larssonneur (Frankreich)**

**Jean-Charles Larssonneur** führte aus, der Terrorismus bleibe ungeachtet des russischen Angriffs auf die Ukraine die unmittelbarste asymmetrische Bedrohung. Die Sahelzone erscheine derzeit das Epizentrum des globalen Terrorismusproblems zu sein. Das jüngste Wiederaufleben des sogenannten „Islamischen Staates“ und von al-Qaida in der gesamten MENA-Region lege angesichts der Dimension und Tragweite der Anschläge nahe, dass die Bedrohung durch diese Gruppen und ihre Ableger auch in dieser Region noch lange nicht gebannt sei. Die Rückeroberung Kabuls und die Wiedererlangung der Kontrolle über Afghanistan durch die Taliban im August 2021 könnten dem Land wieder zu einer stärkeren Rolle im internationalen Terrorismus verhelfen. Es müssten die erforderlichen nationalen Rahmenbedingungen für einen noch besseren Austausch nachrichtendienstlicher Erkenntnisse über terroristische Bedrohungen mit Verbündeten und Partnern geschaffen und die nationalen Rechtsgrundlagen zur Identifizierung, Aufspürung und strafrechtlichen Verfolgung heimgekehrter ausländischer Kämpfer verbessert werden. Internationale Organisationen, die daran arbeiteten, die tiefer liegenden Ursachen der immer wiederkehrenden Gewalt abzubauen, müssten verstärkt unterstützt werden. Die Regierungen der NATO-Staaten sollten die Terrorismusbekämpfung nicht vernachlässigen. Wichtig sei die Entwicklung von Instrumenten, um den sich rasant verändernden Mitteln der Terroristen zu begegnen. Den Vorschlag eines türkischen Delegierten, einen Passus zur Bedrohung durch die PKK in Syrien einzufügen, lehnte er mit dem Hinweis ab, einzelne Gruppen zu benennen, sei nicht ratsam. Ein niederländischer Delegierter erkundigt sich nach den Lehren aus dem Kampf gegen den Terrorismus in Afghanistan. **Jean-Charles Larssonneur** erwiderte, die terroristische Bedrohung aus der Region sei nach wie vor groß und dürfe vor dem Hintergrund der Geschehnisse in der Ukraine nicht in den Hintergrund geraten.

#### **4.5 Beratung des Berichtsentwurfs „Angriff und Abwehr: Die NATO im Angesicht der Cyber-Herausforderung“, vorgelegt von der Berichterstatterin Roberta Pinotti (Italien)**

**Andreas Loverdos** legte in Vertretung der Berichterstatterin dar, dass eine sorgfältig ausgeführte Cyber-Operation ein zunehmendes Potenzial für die Beschädigung oder Zerstörung von kritischen Infrastrukturen, für erhebliche Verwerfungen an den Finanzmärkten und für eine Aushöhlung der politischen und sozialen Stabilität in sich berge. Zudem nehme die Verwundbarkeit moderner Militärsysteme durch Cyberoperationen zu. Russland und China zeigten sich um Wege und Mittel zur Erlangung einer „Cyber-Souveränität“ bemüht und unternähmen gleichzeitig ununterbrochene Anstrengungen zur Schwächung der Systeme der Allianz. Im Bewusstsein um diese Verwundbarkeit sei die NATO dabei, ihre Cyberfähigkeiten und damit die Verteidigung sämtlicher Verbündeten und Partner zu optimieren. Die NATO habe in ihren offiziellen Verlautbarungen deutlich gemacht, dass Cyberangriffe das Potenzial in sich bergen, die Klausel zur kollektiven Verteidigung gemäß Artikel 5 auszulösen. Der Wirkungsgrad des in 2021 verabschiedeten NATO-Konzepts zur kooperativen Cyber-Sicherheit lasse sich im Krieg zwischen Russland und der Ukraine bereits beobachten, es könne und sollte jedoch mehr geleistet werden. Hierzu gehörten anhaltende und erhöhte Investitionen in die Interoperabilität der alliierten Cyber-Fähigkeiten, ein breiterer Dialog mit den entscheidenden Akteuren des zivilen Sektors, die Schaffung nationaler Rechtsrahmen für eine rasche und wirkungsvolle Antwort auf Cyber-Zwischenfälle auf Bündnisebene, der Ausbau und die Stärkung von kohärenteren und resilienteren Rechtssystemen in Bezug auf den Cyberraum im gesamten Bündnis, die Anbahnung weiterer Projekte einer extensiven Cyber-Kooperation mit externen Partnern sowie die Verdopplung der Anstrengungen zur Unterstützung der Cyberabwehr der Ukraine. Das Völkerrecht lasse sich auch auf Cyberangriffe anwenden, es bestehe noch Klärungsbedarf bei der Abwägung zwischen Datenschutz und völkerrechtlicher

Verantwortlichkeit. Problematisch sei zudem, dass Parlamentarier oft keine vertieften Kenntnisse zu Cyberangriffen hätten und somit keine fundierten Debatten führen könnten. Auf die Frage eines tschechischen Abgeordneten zum Umgang mit China im Bereich der Cyberbedrohung erklärte er, der Einfluss und die Abhängigkeit von chinesischen Technologien vor allem im Bereich der kritischen Infrastruktur müssten verringert werden.

#### **4.6 Diskussion mit Marina Rodriguez, Leiterin des Referats für Cybersicherheit und Kampf gegen Desinformation im Kabinettsbüro des spanischen Premierministers, zu den Themen „Die wachsenden Herausforderungen durch Cyber-Kriminalität und Auswirkungen auf das Bündnis“ sowie „Terrorismusabwehr in der NATO, Hintergrund, aktuelle Entwicklungen und Zukunft“**

**Marina Rodriguez** stellte das spanische Vorgehen gegen die Cyber-Kriminalität vor, was sowohl präventiv als auch repressiv sei.

**Minister Peter Beuth** (Hessen) erkundigte sich, wie Unternehmen verpflichtet werden könnten, bestimmte Vorkehrungen gegen Cyberattacken zu treffen. **Marina Rodriguez** erläuterte, Unternehmen in Spanien, die wesentliche Dienstleistungen für das Land bereitstellten, seien gesetzlich zur Einhaltung bestimmter Mindeststandards verpflichtet. Leider würden kleine und mittelständische Unternehmen die Bedrohung durch Cyberkriminalität solange nicht ernst nehmen, bis sie selbst betroffen seien. Hier bestehe legislativer Nachbesserungsbedarf, um auch diese Unternehmen zur Einhaltung bestimmter Standards zu verpflichten. Auf die Frage nach der Rolle von menschlichem Versagen im Rahmen von Cyberattacken führte Rodriguez aus, insbesondere das Arbeiten von zu Hause aus stelle ein Einfallstor für Cyberattacken dar. Hier sei noch keine ausreichende technische Lösung gefunden worden, um die entstehenden Sicherheitslücken zu schließen. Wichtig seien jedoch die flächendeckende Umsetzung der Zwei-Faktor-Authentifizierung sowie ein häufiger Passwortwechsel. Die Mitgliedstaaten, nicht die NATO, seien bei der Terrorismusabwehr federführend, die NATO könne jedoch zum Kapazitätsaufbau in den Mitgliedstaaten beitragen. Die Partner sollten sich Gedanken darüber machen, wie sie militärische Daten aus dem Gefechtsfeld am besten nutzen könnten, um polizeiliche Aktivitäten anzustoßen. Auf Nachfrage eines britischen Delegierten führte sie aus, die Gefahr bestünde, dass sich die Alliierten auf den Krieg in der Ukraine fokussierten und dadurch islamistische Gruppen, wie der sogenannte „Islamische Staat“, die Gelegenheit ergreifen könnten, ihre Aktivitäten zu verstärken. **Lord Lancaster** (Vereinigtes Königreich) führte aus, das Vereinigte Königreich versuche, sein Militär neu aufzustellen und erkundigte sich zu verschiedenen Bedrohungsszenarien. **Rodriguez** führte aus, bei der Abwehr von neuen Bedrohungen solle auf das zurückgegriffen werden, was bereits erfolgreich genutzt worden sei. Die Abwehrfähigkeiten bei der Terrorismusabwehr sollten daher auch auf andere Bereiche übertragen werden. **Zaida Cantera** (Spanien) fragte nach der Rolle Russlands bei der Destabilisierung der Sahelzone. **Rodriguez** führte aus, Russland verschaffe sich über die sog. „Wagner-Gruppe“ in Gebieten Einfluss, aus denen es sich nach Zerfall der Sowjetunion habe zurückziehen müssen.

#### **4.7 Beratung des Sonderberichtsentwurfs „Der Kampf der Ukraine für Freiheit und die Reaktion des Bündnisses und der Welt auf Russlands Krieg“, vorgelegt von dem Sonderberichterstatter Rick Larsen (Vereinigte Staaten)**

**Rick Larsen** legte dar, die Ukraine stehe an vorderster Front der demokratischen Welt und setze sich gegen einen revisionistisch motivierten Angriff autoritärer Mächte auf die regelbasierte internationale Ordnung zur Wehr. Die europäisch-atlantische Staatengemeinschaft habe nicht nur eine moralische Verpflichtung, die Ukraine zu unterstützen. Sie müsse auch ein deutliches Signal senden, dass militärische Eroberungen in der heutigen Welt nicht mehr möglich seien, ohne dass der Aggressor mit ernsthaften Konsequenzen rechnen müsse. Die Bündnisstaaten dürften keinen Zweifel daran lassen, dass der Einsatz von Massenvernichtungswaffen verheerende Folgen für Russland hätte. Für die weitere Unterstützung der Ukraine sei unter anderem unabdingbar, dass verstärkt und fortgesetzt Waffensysteme an die Ukraine geliefert würden. Die NATO solle ukrainische Streitkräfte weiterhin ausbilden sowie die Sanktionen gegen Russland und einzelne russische Staatsbürger aufrechterhalten und erweitern. Bezeichnend sei auch die stillschweigende Unterstützung Chinas für die Politik Russlands. Deutschlands historische Entscheidung, seine Verteidigungsausgaben erheblich zu erhöhen, stehe sinnbildlich dafür, dass die NATO zur gemeinsamen Zielsetzung zurückgefunden und ihr Bekenntnis zu einer gerechten Lastenverteilung unter Beweis gestellt habe. Eine spürbare Intensivierung der Kontakte der NATO zu gleichgesinnten Partnern im indopazifischen Raum sei äußerst wichtig und von großer strategischer Bedeutung. In diesen, für den weiteren

Lauf der Geschichte so bedeutsamen Zeiten, müsse die NATO den Pfad der Solidarität weiterverfolgen und ein Leuchtturm demokratischer Werte bleiben.

**Dr. Marie-Agnes Strack-Zimmermann** (FDP) fragte den Berichterstatter in seiner Eigenschaft als Repräsentanten der USA, ob sein Land es kritisch sehen würden, wenn Deutschland Panzer vom Typ Leopard II oder Marder an die Ukraine liefern würde. **Rick Larsen** entgegnete, dass die USA diesen Schritt begrüßen würden, da oberste Priorität die Zurückdrängung der russischen Positionen sei. Auf die Frage, ob aus dem Krieg in der Ukraine Lehren für den Konflikt zwischen China und Taiwan gezogen werden könnten, erwiderte er, der Krieg in der Ukraine zeige, dass der Feind so schnell wie möglich zurückgedrängt werden müsse.

## 5 Ausschuss für Demokratie und Sicherheit

Der Ausschuss für Demokratie und Sicherheit tagte am Samstag, 19. November, und Sonntag, 20. November 2022, unter dem Vorsitz von Rodrigue Demeuse (Belgien). Schwerpunkte der Beratungen waren der gesellschaftliche Zusammenhalt, die Bekämpfung sexueller Gewalt als Kriegswaffe, die Bewahrung des humanitären Raums, die Auswirkungen des Klimawandels auf die verbündete Zivilgesellschaft, der Schutz kritischer Infrastrukturen gegen Cyber-Bedrohungen sowie die Stärkung der Cyber-Resilienz verbündeter Gesellschaften.

### 5.1 Vortrag des spanischen Ministers für die Präsidentschaft, die parlamentarischen Beziehungen und das demokratische Gedächtnis Spaniens, Felix Bolanos, zum Thema „Sicherheit durch gesellschaftlichen Zusammenhalt: Der unverzichtbare Kampf gegen Ausgrenzung, Diskriminierung und Ungleichheit“

**Minister Bolaños** betonte, die ersten beiden Jahrzehnte des 21. Jahrhunderts seien durch ein zunehmend unvorhersehbares Sicherheitsumfeld gekennzeichnet. Die beispiellosen Migrationsströme aus dem Nahen Osten und Nordafrika, der Klimawandel, das Bevölkerungswachstum, eine globale Pandemie und die wirtschaftliche Unsicherheit seien miteinander verbundene Herausforderungen, die zu wachsenden Ungleichheiten beitragen. Die Rückkehr des Krieges in Europa und die daraus resultierenden Lebensmittel- und Energiekrise, führten zu weiteren Ungleichheiten innerhalb und zwischen den Verbündeten und Partnern, stelle die Widerstandsfähigkeit der Alliierten auf die Probe und bedrohten ihren gesellschaftlichen Zusammenhalt. Minister Bolaños erläuterte Maßnahmen, die die spanische Regierung zur Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts ergriffen habe. So habe sie einen verbesserten Zugang zur Hochschulbildung durch die Ausweitung von Stipendienprogrammen, eine Stärkung des Gesundheitswesens und anderer grundlegender öffentlicher Dienstleistungen, die Gewährleistung einer hochwertigen und stabilen Beschäftigung sowie die Anhebung des Rentenniveaus und des lebensnotwendigen Mindesteinkommens verabschiedet.

Auf die Frage zur Förderung einer feministischen Politik in Spanien betonte Minister Bolaños, der Feminismus stelle eine der wichtigsten Prioritäten der Regierung dar, die zu zwei Drittel aus Frauen bestehe und Reformen eingeleitet habe, die speziell darauf abzielten, diskriminierende Praktiken gegen Frauen am Arbeitsplatz zu beseitigen. Auf internationaler Ebene verfolge Spanien eine feministische Außenpolitik und räume den Bedürfnissen von Frauen und Mädchen sowie der Förderung der Gleichstellung der Geschlechter Priorität ein. Auf die Frage zu den gesellschaftlichen Auswirkungen von Migrationsströmen betonte er, dass die Partnerländer nicht in die Falle von Hassreden und Populismus tappen dürften. Die Bewältigung der Migrationsströme erfordere ein erneuertes Engagement für demokratische und liberale Werte.

### 5.2 Vortrag von Dr. Alicia Cebada Romero, Professorin für Völkerrecht und internationale Beziehungen, Universität Carlos III de Madrid, zum Thema „die Verhinderung und Bekämpfung des Einsatzes sexueller Gewalt als Kriegswaffe“

**Dr. Cebada Romero** wies auf drei Bereiche des Völkerrechts hin, die die sexuelle Gewalt in Konflikten verböten: Das humanitäre Völkerrecht, die internationalen Menschenrechtsnormen und das internationale Strafrecht. Auf dieser Grundlage hätten verschiedene internationale Gerichte wegweisende Urteile gegen Täter gefällt. So habe der Internationale Strafgerichtshof für Ruanda zum ersten Mal Vergewaltigung als Mittel zur Begehung von Völkermord anerkannt. Der Internationale Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien habe einen weiteren Präzedenzfall geschaffen, in dem er Vergewaltigung als eine Form der Folter eingestuft habe. Der Internationale Strafgerichtshof (ISStGH) habe zum ersten Mal einen kongolesischen Kriegsherrn wegen des Verbrechens der sexuellen Sklaverei während des zweiten Kongokrieges verurteilt. Weiterhin sei sexuelle Gewalt in vielen Konfliktgebieten allgegenwärtig und werde häufig als Kriegswaffe eingesetzt. In der Ukraine hätten die Justizbehörden

den zahlreiche Fälle von sexueller Gewalt durch russische Streitkräfte gegen Zivilisten, meist Frauen, dokumentiert. Notwendig sei ein Ansatz, der sich auf Wiedergutmachung, die Bekämpfung der sozialen Stigmatisierung von Überlebenden und die Unterstützung lokaler Frauenorganisationen konzentriere, um den Schaden, der durch sexuelle Gewalt in Konflikten entstehe, zu lindern. Die Bündnisländer sollten die Stärkung des nationalen und internationalen Rechtsrahmens unterstützen, ihren finanziellen Beitrag zum IStGH und anderen regionalen oder hybriden Gerichten erhöhen und die Unterstützung lokaler Frauenorganisationen verstärken. Sie sollten ihre Anstrengungen zur Umsetzung der Agenda "Frauen, Frieden und Sicherheit" verdoppeln, insbesondere deren zweite Säule, die sich auf den Schutz von Frauen und Mädchen vor sexueller Gewalt beziehe.

Auf die Frage, wie die Ermittlungen zur sexuellen Gewalt in der Ukraine unterstützt werden könnten, unterstrich **Dr. Romero**, dass die Zusammenarbeit mit der ukrainischen Generalstaatsanwaltschaft verstärkt werden müsse. **Merle Spellerberg** (BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN) schlug vor, dass das Bündnis einen feministischen Sicherheitsansatz verfolge, der über die Agenda für Frauen, Frieden und Sicherheit hinausgehe. Sie betonte die Rolle der humanitären Hilfe bei der Unterstützung der Überlebenden von sexueller Gewalt. **Dr. Romero** fügte hinzu, hybride Gerichte und nationale Tribunale sollten als alternative Rechtsmechanismen unterstützt werden, da sie die Arbeitsbelastung des IStGH verringerten und die Geschwindigkeit und Effizienz der Verfahren erhöhen könnten. Die soziale Stigmatisierung könne durch individuelle und maßgeschneiderte Maßnahmen und die Unterstützung lokaler Frauenorganisationen bekämpft werden.

### **5.3 Beratung des Berichtsentwurfs des Unterausschusses „Resilienz und zivile Sicherheit“ zum Thema „Handeln zur Bewahrung des humanitären Raums: Welche Rolle kommt den Verbündeten und der NATO zu?“ vorgelegt von Berichterstatter Rodrigue Demeuse (Belgien)**

**Rodrigue Demeuse** betonte, die russischen, illegalen, abscheulichen und vorsätzlichen Angriffe auf Zivilisten, kritische Infrastrukturen und Wohngebiete in der Ukraine hätten eine humanitäre Krise in Europa ausgelöst. Die Gewalt gegen die ukrainische Zivilbevölkerung habe zu einem Anstieg des weltweiten Bedarfs an humanitärer Hilfe geführt. Humanitäre Organisationen spielten eine entscheidende Rolle und würden zunehmend zur Zielscheibe. Allein im Jahr 2021 seien weltweit 136 Mitarbeiter von Hilfsorganisationen getötet und viele andere verletzt, entführt, belästigt, bedroht oder inhaftiert worden. Neben dieser Gewalt sähen sich die humanitären Organisationen auch mit rechtlichen und administrativen Hindernissen konfrontiert. Der daraus resultierende Rückgang des humanitären Raums schüre die Gewalt und bedrohe die Sicherheit der verbündeten Länder. Um diesem Phänomen entgegenzuwirken, seien eine Reihe von Maßnahmen auf nationaler Ebene ergriffen worden, darunter die bessere Einbeziehung des Völkerrechts in die Ausbildung ihrer Streitkräfte, die Unterstützung humanitärer Organisationen und das Eintreten für den Schutz des humanitären Raums in multilateralen Foren. Die NATO habe in ihrem neuen Strategischen Konzept das Ausmaß der humanitären Herausforderungen und deren Auswirkungen auf die globale Sicherheit anerkannt. Das Bündnis habe humanitäre Erwägungen in seine Strategie, seiner Übungen und Ausbildung einbezogen und arbeite mit mehreren humanitären Organisationen zusammen. Sie konstatierte, dass sich diese Bemühungen als unzureichend erwiesen hätten, um die vielfältigen Herausforderungen zu bewältigen, mit denen die humanitären Akteure konfrontiert seien. Demeuse plädierte, den Schutz des humanitären Raums in den Mittelpunkt zu stellen, den rechtlichen Rahmen zu stärken, um die Vertreter der humanitären Hilfe besser zu schützen, Hindernisse zu beseitigen, die deren Fähigkeit zur Erfüllung ihres Auftrags einschränkten, und ihre Zusammenarbeit mit humanitären Organisationen auf bilateraler, NATO und globaler Ebene zu verstärken.

**Manousos Konstantinos Voloudakis** (Griechenland) äußerte sich besorgt über eine Reihe von Nichtregierungsorganisationen, die mit Menschenhändlern zusammenarbeiteten und forderte die Einrichtung von Registrierungs- und Überwachungsmechanismen. **Baroness Kingsmill** (Vereinigtes Königreich) forderte die Alliierten auf, ihren humanitären Verpflichtungen konkrete Taten folgen zu lassen, indem sie praktische, rechtliche und politische Maßnahmen ergreifen sollten, um die Arbeitsmöglichkeiten der humanitären Organisationen zu verbessern. **Andrés Ingi Jónsson** (Island) schlug vor, verantwortungsvollere Mechanismen für den Waffenhandel zu schaffen, insbesondere im Hinblick auf Waffenverkäufe in aktive Konfliktregionen. Auf die Frage zu den Auswirkungen

gen politischer Streitigkeiten zwischen Empfänger- und Geberländern auf die Tätigkeit humanitärer Organisationen antwortete **Demeuse**, dass die Arbeit humanitärer Organisationen nicht durch diplomatische Entwicklungen zwischen Ländern behindert werden solle. Der Berichtsentwurf wurde angenommen.

#### **5.4 Beratung des Generalberichtsentwurfs „Die Verstärkung des Schutzes kritischer Infrastrukturen gegen Cyber-Bedrohungen“, vorgelegt von der Generalberichterstatterin Joëlle Garriaud-Maylam (Frankreich)**

**Joëlle Garriaud-Maylam** unterstrich, kritische Infrastrukturen – einschließlich privater Unternehmen, öffentlicher Dienste und sogar demokratischer Prozesse – würden im Cyberspace häufig von böswilligen Akteuren ins Visier genommen, obwohl die internationale Gemeinschaft anerkannt habe, dass solche Infrastrukturen keinen Cyberangriffen ausgesetzt werden sollten. In den letzten Jahren hätten die Alliierten die Gefahr erkannt, die von Cyberangriffen auf kritische Infrastrukturen ausgingen, und Maßnahmen ergriffen, um deren Widerstandsfähigkeit auf nationaler, kollektiver und multilateraler Ebene zu stärken. Zusätzliche Sicherheitsmaßnahmen seien dringend erforderlich. Sie forderte die NATO-Staaten auf, einen gesamtgesellschaftlichen Ansatz für die Cybersicherheit zu verfolgen und Mindeststandards für die Cybersicherheit festzulegen, an die sich die Betreiber kritischer Infrastrukturen halten müssten. Sie forderte die NATO auf, dem Schutz kritischer Infrastrukturen in ihrer Cyberverteidigungs- und Resilienz Planung Vorrang einzuräumen und als Forum für den Informationsaustausch zu dienen. Schließlich ermutigte sie die Bündnispartner, sich weiterhin für die Entwicklung des Rechtsrahmens für das internationale Recht im Cyberspace einzusetzen. Die Alliierten sollten den Informationsaustausch untereinander verstärken, um schnell und effizient auf Cyber-Bedrohungen reagieren zu können. Die Bemühungen zur Stärkung der Cybersicherheit dürften jedoch nicht auf Kosten der individuellen Rechte und demokratischen Grundsätze gehen. Die Zahlung von Lösegeld an Cyberangreifer solle verboten werden und Privatunternehmen sollten im Falle eines Cyberangriffs verpflichtet sein, die zuständigen nationalen Behörden zu alarmieren.

Auf die Frage, wie in den Verteidigungshaushalten der Alliierten ein Gleichgewicht zwischen der Notwendigkeit von Investitionen in konventionelle Fähigkeiten und der Stärkung der Cyberabwehr hergestellt werden könne, betonte sie, dass die nationalen Verteidigungshaushalte aufgestockt werden müssten, um neuen Bedrohungen Rechnung zu tragen und gleichzeitig die konventionellen Fähigkeiten zu erhalten. Hinsichtlich der Frage, wie die lokalen Behörden bei der Abwehr von Cyberangriffen unterstützt werden könnten, forderte sie die Regierungen der Alliierten auf, Cyberexperten zur Unterstützung der lokalen Behörden einzusetzen und mehr Cyberexperten auszubilden. Der Berichtsentwurf wurde angenommen.

#### **5.5 Beratung des Sonderberichtsentwurfs „Verständnis, Anpassung und Begrenzung der Auswirkungen des Klimawandels auf die verbündete Zivilgesellschaft“, vorgelegt von der Sonderberichterstatterin Linda Sanchez (Vereinigte Staaten)**

**Linda Sanchez** beschrieb, wie Überschwemmungen, Dürren, Waldbränden und Hitzewellen in den letzten Jahren in den Ländern der Alliierten tragische Verluste an Menschenleben und große finanzielle Schäden verursacht hätten. Weltweit habe der Klimawandel Millionen von Menschen aus ihren Häusern vertrieben, schlimme humanitäre Krisen verursacht und die kritische Infrastruktur der Alliierten belastet. Diese Auswirkungen würden sich mit dem weiteren Temperaturanstieg wahrscheinlich noch verschlimmern. Der Klimawandel werde sich zunehmend auf die globale und alliierte Sicherheit auswirken, indem er Migrationsbewegungen auslöse, wirtschaftliche und soziale Ungleichheiten vertiefe und zu einer wichtigen Triebkraft für Konflikte werde. Drastische Maßnahmen seien dringend erforderlich. Auf nationaler Ebene müsse das Bewusstsein für die sicherheitspolitischen Herausforderungen des Klimawandels geschärft, Forschung und Entwicklung unterstützt und die Kapazitäten gefährdeter Gemeinschaften gestärkt werden, damit sie besser mit den durch den Klimawandel bedingten Katastrophen umgehen könnten. Auf der Ebene der NATO seien konkrete Maßnahmen und mehr Mittel erforderlich, um die ehrgeizigen Klimaziele zu erreichen, die sich das Bündnis selbst gesetzt habe. Die NATO solle als ein Forum fungieren, in dem die Bündnispartner gemeinsame Standards festlegten und bewährte Praktiken austauschten. Kritisiert wurde in der Aussprache der Vorschlag der Sonderberichterstatterin, Personen, die ihr Herkunftsland aufgrund der Auswirkungen des Klimawandels verlassen hätten, als "Klimaflüchtlinge" zu bezeichnen. Die Sonderberichterstatterin vertrat die Ansicht, die internationale Gemeinschaft solle in Erwägung ziehen, den rechtlichen Status von Flüchtlingen auf diejenigen Personen auszuweiten, die durch die direkten Auswirkungen des Klimawandels gezwungen seien, ihr Herkunftsland als letzten Ausweg zum Überleben zu verlassen. Auf die Frage zum Stand der Vorbereitung der alliierten Streitkräfte auf sich abzeichnende klimawandelbedingte Naturkatastro-

phen erklärte sie, dass Überlegungen zur Widerstandsfähigkeit und Bereitschaft stärker in die alliierten Militärdoktrinen und -Praktiken integriert werden müssten, um die Bürger besser vor nicht militärischen Bedrohungen zu schützen.

Der Entwurf des Sonderberichts wurde in der überarbeiteten Fassung angenommen.

## **5.6 Beratung und Abstimmung über den Entschließungsentwurf „Stärkung der Cyber-Resilienz verbündeter Gesellschaften“, vorgelegt von der Generalberichterstatterin Joëlle Garriaud-Maylam (Frankreich)**

**Joëlle Garriaud-Maylam** rief die Alliierten dazu auf, ihre Fähigkeit zur Abschreckung und Verhinderung von Cyberangriffen zu stärken, indem sie ihre Fähigkeit zur Zuordnung bössartiger Cybervorfälle ausbauten und solide Rechtsvorschriften und Standards für die Cybersicherheit verabschiedeten. Sie forderte die Regierungen auf, einen gesamtgesellschaftlichen Ansatz für die Cybersicherheit zu verfolgen. Ein solcher Ansatz würde neben anderen Maßnahmen eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen verschiedenen Akteure bewirken, damit sie Schwachstellen erkennen und sich schnell von Cyberangriffen erholen könnten. Der Informationsaustausch über Cyberrisiken müsse innerhalb der Allianz verstärkt und die Partner, die mit ähnlichen Bedrohungen konfrontiert seien, weiterhin unterstützt werden. Insbesondere die Unterstützung für die Ukraine müsse fortgesetzt werden, da Kiew seit dem Beginn der erneuten russischen Aggression einer Flut von Cyberangriffen ausgesetzt sei. Das Bündnis müsse seine Zusammenarbeit mit internationalen Organisationen vertiefen, die auf dem Gebiet der Cybersicherheit Fachwissen entwickelt hätten.

Die eingereichten acht Änderungsanträge wurden angenommen, einige mit geringfügigen sprachlichen Änderungen. Der so geänderte Entschließungsentwurf wurde angenommen.

## **6 Ausschuss für Wirtschaft und Sicherheit**

Der Ausschuss für Wirtschaft und Sicherheit tagte am Samstag, 28. Mai 2022, unter dem Vorsitz von Philippe Folliot (Frankreich). Schwerpunkte der Beratungen waren die wirtschaftlichen Folgen des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine, die wirtschaftliche und militärische Zusammenarbeit zwischen der Ukraine und der NATO, die strategischen und wirtschaftlichen Herausforderungen durch Korruption, die Sicherstellung kritischer Industrien und Lieferketten sowie die Situation im westlichen Balkan.

### **6.1 Vortrag der spanischen Vize-Präsidentin der Regierung und Ministerin für Wirtschaft und digitale Entwicklung, Nadia Calviño, zum Thema „Der Umgang Spaniens mit der doppelten Krise von COVID-19 und dem Krieg in der Ukraine“**

**Nadia Calviño** betonte, die spanische Wirtschaft sei trotz des Krieges in der Ukraine in 2022 um 4,4 Prozent gewachsen. Die Politik habe Arbeitsplätze geschaffen, die Zahl der Sozialversicherten sei auf einem Rekordhoch und die der Jugendarbeitslosigkeit in einem Rekordtief. Der Rückgang von Investitionen sei verhindert worden und wichtige internationale Investitionen hinzugekommen. In der zweiten Phase der Erholung werde sich Spanien verstärkt auf größere Sicherheit und Unabhängigkeit in den Bereichen Energiesicherung, Landwirtschaft, Technologie, Industrie und Digitalisierung konzentrieren. Nadia Calviño erklärte, die Krise habe gezeigt, dass aus Zusammenhalt Stärke folge. Die europäische Gemeinschaft sei es gelungen, durch gemeinsames Handeln eine Finanzkrise zu verhindern. In einer Krise sei entschiedenes Handeln nötig, die Gesellschaft müsse berücksichtigt und ihre Sorgen und Bedürfnisse gehört werden. Die Welt befinde sich in einem strukturellen Wandel und Spanien wolle Stabilität, Zusammenarbeit, fairen internationalen Handel, vor allem aber Frieden.

Auf die Frage von **Harriet Baldwin** (Vereinigtes Königreich) erläuterte **Nadia Calviño**, Spanien investiere erheblich in die Digitalisierung der Wirtschaft und neue Technologien und strebe durch Technologie und Gesetzgebung ein hohes Maß an Cybersicherheit an. Spanien nutze zu 50 Prozent erneuerbare Energien, sei durch diversifizierter Energiequellen weniger abhängig von russischem Gas gewesen und Vorreiter bei erneuerbaren Energien. Spanien werde den Ausbau von klassischen erneuerbaren Energien, insbesondere Solarenergie und nachhaltigen Energiequellen wie grünem Wasserstoff vorantreiben. Der Energiepreis sei einer der niedrigsten in Europa, da durch die Entkopplung der anderen Energiepreise vom Gaspreis der Preis im Durchschnitt gesenkt worden

sei. Auf die Frage von **Alun Cairns** (Vereinigtes Königreich) nach den Verteidigungsausgaben, antwortete sie, Spanien habe signifikante Investitionen getätigt und werde 2023 das 2-Prozent-Ziel der NATO erreichen.

## **6.2 Vortrag des Präsidenten des Institute Prospective et Sécurité en Europe (IPSE), Emmanuel Dupuy, zum Thema „High Intensity“ und hybride Kriegsführung in der Ukraine: Geopolitische und geoökonomische Implikationen für das Bündnis“**

**Emmanuel Dupuy** betonte, der Krieg in der Ukraine sei noch lange nicht entschieden, die NATO stünde vor großen Herausforderungen. Nach dem neuen strategischen Konzept seien die wichtigsten Handlungsgebiete neben Land, Luft und Wasser auch der digitale Bereich, der Weltraum und nach seiner Meinung auch die Widerstandsfähigkeit der Gesellschaft. Die Gefahr von „High Intensity Warfare“ steige, weswegen die NATO ihre Verteidigungsfähigkeiten stärken müsse. Zur Vorbereitung des Militärs müssten Investitionen getätigt und die Rüstungsindustrie angekurbelt werden, insbesondere die Produktion von Munition. Frankreich, Deutschland und das Vereinigte Königreich hätten ihre Ausgaben bereits erhöht. Der Krieg in der Ukraine sei ein „High Intensity Conflict“ und habe das Bündnis zu einem Umdenken gezwungen. Die NATO müsse in beiden Bereichen, der „High Intensity Conflicts“ (HIC) und der „Low Intensity Conflicts“ (LIC) gestärkt werden. Neben Russland würden auch andere Länder entgegen der multilateralen Ordnung Anspruch auf fremde souveräne Gebiete erheben. China werde auch in Zukunft unverändert eine Bedrohung darstellen. Russland meine, dass mit der Shanghai Cooperation Organisation und dem Collective Security Treaty ein Konkurrent zur NATO im Osten entstanden sei. Er schlussfolgerte, strategische Fehler der Vergangenheit, wie beispielsweise die Unterschätzung der Bedeutung von Drohnen oder von Cyberkriegen, dürften nicht mehr gemacht werden. Die Entstehung privater Milizen, wie zum Beispiel die Wagner-Gruppe, müsse überwacht und Propagandakampagnen der Gegner entgegengewirkt werden. Die Zerstörung ziviler Infrastruktur in der Ukraine seien Kriegsverbrechen und müssten völkerstrafrechtlich verfolgt werden.

**Anne Genetet** (Frankreich) erkundigte sich nach dem möglichen Einsatz von Nuklearwaffen. **Dupuy** antwortete, den Gegnern der NATO müssten klare Grenzen aufgezeigt werden, welche Waffen, auch bezüglich Bio- und Chemiewaffen, nicht toleriert würden. Im Falle des Einsatzes taktischer Nuklearwaffen würde die NATO deutlich reagieren. Auf die Frage von **Derk Boswijk** (Niederlande) bestätigte **Dupuy**, dass die Bereitschaft in der Bevölkerung zur Unterstützung eines Krieges nachlasse, je länger der Konflikt andauere und es daher wichtig sei, diese vom Engagement zu überzeugen. Bezüglich der Frage **Nicole Durantons** (Frankreich) nach der europäischen Selbstverteidigungskraft betonte **Dupuy**, diese funktioniere gut, insbesondere bezüglich „LICs“, bezüglich „HICs“ seien lediglich China und die USA ausreichend vorbereitet.

## **6.3 Beratung und Abstimmung des Berichtsentwurfes des Unterausschusses „Transatlantische Wirtschaftsbeziehungen“ zum Thema „Strategische Herausforderungen im Handel: Sicherstellung kritischer Industrien und Lieferketten“, vorgelegt von dem Berichterstatter Faik Öztrak (Türkei)**

**Faik Öztrak** unterstrich, der Krieg habe die Schwäche der NATO infolge der Abhängigkeit von ihren Rivalen offenbart. Der Energiepreis sei erschüttert worden, in manchen Ländern sei es zu Lieferengpässen bei einigen Gütern gekommen. Die Sanktionen schwächten die russische Wirtschaft. Sorge bereite die Tatsache, dass China nicht bereit sei, den Regeln des Welthandels zu folgen. Daher sei besonders bei kritischen Infrastrukturen und bestimmten Industriezweigen, eine gewisse Autonomie von wesentlicher Bedeutung. Alternative Energiequellen und Lieferanten müssten gefunden und ausgebaut werden, um die Abhängigkeit von russischem Gas aufzubrechen.

Der Vorschlag von **Mevlüt Karakayas** (Türkei), Aserbaidshan als möglichen Energielieferanten zu erwähnen, wurde aufgenommen und der Bericht angenommen.

## **6.4 Beratung und Abstimmung des Berichtsentwurfs des Unterausschusses „Transformation und Entwicklung“ zum Thema „Der Westliche Balkan: Russlands Krieg gegen die Ukraine und die andauernden Herausforderungen in der Region“, vorgelegt von dem Berichterstatter Michal Szczerba (Polen)**

**Michal Szczerba** erläuterte, es gebe viele Spannungen auf dem Westbalkan. Die Zukunft dieser Länder liege in der transatlantischen Annäherung. Ihre Transformation sei nicht abgeschlossen, infolge von Vernachlässigung und unzureichender Bemühungen durch Europa seien Spaltungen entstanden und in manchen Regionen sei es zu



Rückschritten im demokratischen Wandel gekommen. Die Region stünde strukturellen Herausforderungen gegenüber. Der Krieg und die COVID-19-Pandemie haben den Fortschritt aufgehalten, die Wirtschaft geschwächt und die allgegenwärtige Korruption sei ein großes Problem. Dies habe die Abwanderung vieler junger Menschen zufolge. Das Kosovo habe hinsichtlich der Korruptionsbekämpfung erhebliche Fortschritte erzielt. Die hohe Arbeitslosigkeit sei jedoch besorgniserregend. Zudem sei der Anteil der Frauen in der Wirtschaft sehr klein, was den ökonomischen Aufschwung behindere. Ferner seien die organisierte Kriminalität und das Wachsen von privater Milizen ein großes Problem. Putin habe unter Ausnutzung seiner energiepolitischen Macht seinen militärischen und wirtschaftlichen Einfluss ausgebaut. Er stütze die nationalistischen und antidemokratischen Bewegungen und verhindere die Diversifizierung von Energiequellen. Europa müsse sich bemühen, die Abhängigkeit der Region von Russland zu reduzieren. Serbien sei als engster Partner Russlands zu bezeichnen.

Auch China habe seine wirtschaftliche Aktivität in der Region verstärkt. Die Verbündeten müssten die erforderliche Hilfe leisten, um die vollständige Integration ermöglichen, um Frieden, Stabilität, Demokratie und Aufschwung herbeizuführen. Die Annäherung an den Westen müsse als attraktive Alternative gestaltet werden, um die Tür zu Russland endgültig zu schließen.

Die Forderung der serbischen Delegation (Beobachter), im Bericht das Kosovo nicht als einen Staat zu bezeichnen, wurde abgelehnt. **Marija Petrushevska** (Nordmazedonien) betonte, für ihr Land bestehe hoher Reformbedarf und möchte als verlässlicher Partner sich beweisen. Es sei eine eindeutige europäische Perspektive für die ganze Region erforderlich. Der Vorschlag von **Harriet Baldwin** (Vereinigtes Königreich), Staaten wie Spanien und die Slowakei zu ermutigen, das Kosovo als Staat anzuerkennen, wurde aufgenommen. Kroatien wurde auf eigenen Wunsch hin nicht mehr als eines der Länder des Westbalkans zugeordnet. Der geänderte Bericht wurde einstimmig angenommen.

## 6.5 Vortrag von Jacob Kirkegaard, German Marshall Fund of the United States (GMF), zum Thema „Wiederaufbau der Ukraine“

**Jacob Kirkegaard** stellte eingangs fest, oberste Priorität solle sein, dass die Ukraine den Krieg gewinne und finanziell handlungsfähig bleibe. Die EU müsse die zugesagten 18 Milliarden an Hilfsgeldern freigeben. Der Wiederaufbau solle sich im Geiste des Marshall-Plans vollziehen. Das hohe Spenderaufkommen erfordere ein hohes Maß an Koordination. Der Schluss liege nahe, dass die USA als größter Waffenlieferant auch die Finanzierung des Wiederaufbaus überwiegend tragen werden. Angesichts des ukrainischen EU-Kandidatenstatus solle die EU kontinuierlich mehr Verantwortung übernehmen, um letztlich den Beitritt zu ermöglichen. Die Ukraine müsse hohe Transparenz bei dem Einsatz der Mittel gewährleisten. Eine Beschlagnahmung der eingefrorenen russischen Vermögenswerte sei nicht der richtige Weg zur Finanzierung des Wiederaufbaus. **Kirkegaard** drückte die Hoffnung aus, dass nach Ende des Krieges Russland freiwillig die Vermögen zu diesem Zweck freigeben würde. Der Prozess des Wiederaufbaus solle schnellstmöglich durch die G7-Staaten in Abstimmung mit der Ukraine angeleitet werden. Zudem schlug er vor, einen „Koordinator“ zur Überwachung der Finanzierung einzusetzen, um so die Zahlung der zugesagten Gelder sicherzustellen. Aus seiner Sicht sei Amerika dafür am besten geeignet. Die internationale Unterstützung diene nicht der Wohltätigkeit, das Streben nach einem EU-Beitritt sei vielmehr auch für die EU eine Chance zum wirtschaftlichen Aufschwung. Anzustreben sei ein moderner und verbesserter Aufbau, kein bloßer Wiederaufbau. Einen genauen Betrag lasse sich nur schwer schätzen, die Schätzungen reichten von 350 Milliarden Euro durch die Weltbank bis zu 700 Milliarden Euro durch die Ukraine. Der Wiederaufbau grundlegender Infrastruktur für das Energienetz, den Verkehr und Transport würde primär mit öffentlichen Geldern gedeckt, der Wiederaufbau von Häusern und Gebäuden hingegen überwiegend durch privates Vermögen finanziert werden. Daher sei eine ausländische Absicherung der Investitionen notwendig. **Kirkegaard** rechnete mit einem niedrigen dreistelligen Milliardenbetrag.

**John Spellar** (Vereinigtes Königreich) erkundigt sich, ob die Finanzierung durch Beträge der einzelnen Staaten oder mittels des europäischen Bankensystems erfolgten und wer für die Verteilung des Gelds verantwortlich sei. **Doogen Dave** (Vereinigtes Königreich) zweifelt die Bereitschaft Russlands an, die eingefrorenen Vermögen zum Wiederaufbau einzusetzen und fragte, ob die Einsetzung eines „Koordinators“ mit den internationalen Regeln der Diplomatie vereinbar sei. **Kirkegaard** entgegnete, ein solches Szenario sei unter der Prämisse, dass Russland der Krieg verlöre, nicht unrealistisch. Ein „Koordinator“ sei notwendig, da ein großes Risiko bestehe, dass die Staaten ihre Zusagen nicht umsetzten. **Kirkegaard** stimmte **Petrus Austrevicius** (EP, Beobachter) zu, dass das wirksamste Mittel zum Wiederaufbau der Zugang zum freien Markt sei. Auf die Frage, ob die Unterstützung der Ukraine zulasten der von Entwicklungsländern gehen könne, antwortete er, dass die ukrainische Integration essentiell und dringend sei und dafür neue Mittel geschaffen und nicht umverteilt werden müssten.

## 6.6 Beratung und Abstimmung des Entschließungsentwurfs „Die enge Verflechtung von Korruption und Sicherheit“, vorgelegt von der Generalberichterstatterin Harriet Baldwin (Vereinigtes Königreich)

**Harriet Baldwin** betonte, zwischen Korruption und Sicherheit bestehe eine Verbindung, sie reiche häufig bis in die obersten Ränge der nationalen Sicherheitsbehörden und der Wirtschaft. Korruption untergrabe demokratische Prozesse und wirtschaftliche Entwicklung. Regierungen und Eliten nutzten Korruption, um ihre Macht zu konsolidieren und einen Machtwechsel zu verhindern. Sie legte dar, wie Korruption die Widerstandsfähigkeit des afghanischen Staates gegen die Taliban unterminiert habe. Das afghanische Militär sei durch Korruption ausgehöhlt worden und korrupte Offiziere und Beamte hätten sich durch fiktive Truppen bereichert. Die Korruption habe die Bekämpfung des Opiumhandels behindert, durch den sich die Taliban im Wesentlichen finanziere und das Vertrauen des Volkes in das staatliche System geschwächt. Korruption sei Produkt und Katalysator staatlicher Instabilität. Länder wie zum Beispiel Russland instrumentalisieren sie systematisch, um andere Staaten strukturell zu schwächen und Einfluss zu nehmen. In der Ukraine sei Korruption lange eine Ursache für institutionelle Instabilität gewesen, in den letzten Jahren habe jedoch eine Transformation stattgefunden, die sich heute in der Standhaftigkeit der Ukraine im Krieg zeige. Auch das Kosovo habe erheblich Fortschritte im Kampf gegen Korruption erzielt. Die beiden Beispiele bewiesen, dass die Überwindung von Korruption möglich sei. Dies erfordere den nationalen politischen Willen, eine freie Presse und internationale Hilfe. Wo Korruption grassiere, würden unfähige Personen in wichtige Positionen erhoben und fähigen und redlichen Menschen Macht und Einfluss vorenthalten. Die Abwanderung qualifizierter Arbeitsplätze könne eine Folge von Korruption sein, wie es in Bosnien Herzegowina passiere. Baldwin warnte vor Technologien wie Kryptowährungen, die der Korruption Vorschub leisteten und weitreichend als Instrument zum Transfer von Vermögenswerten für illegale Zwecke genutzt würden. Russland habe Korruption als ein wichtiges Mittel eingesetzt, um im Ausland die Abhängigkeit von Gas zu vertiefen. Russland setze Korruption als Mittel hybrider Kriegsführung in der Ukraine ein. Ein Faktor für die geringen militärischen Erfolge der russischen Armee sei die in Russland herrschende Korruption. Für die NATO müsse die Bekämpfung der Korruption eine Hauptpriorität sein. Effektive Maßnahmen müssten ergriffen, Justiz- und Polizeibehörden müssten reformiert und Antikorruptionsgesetze auf den Weg gebracht werden. Sie forderte die Errichtung eines Zentrums für demokratischen Stabilität, um den internationalen Austausch von Informationen, möglichen Gefahren und Wegen zur Bekämpfung von Korruption zu ermöglichen. **Neal Patrick Dunn** (Vereinigte Staaten) unterstrich, der Erfolg der ukrainischen Antikorruptionsgesetze komme in der Standhaftigkeit und Kompetenz des ukrainischen Militärs zum Ausdruck. **Baldwin** gratulierte der Ukraine für die Fortschritte im Kampf gegen Korruption. Der Entschließungsentwurf wurde nach Beratung der Änderungsvorschläge in geänderter Form einstimmig angenommen.

## 7 Ausschuss für Wissenschaft und Technologie

Der Ausschuss für Wissenschaft und Technologie tagte am Sonntag, 20. November 2022, unter dem Vorsitz von Kevan Jones (Vereinigtes Königreich). Die Schwerpunkte der Beratungen waren die Innovationsförderung innerhalb der Allianz sowie die Folgen des Klimawandels für die Sicherheitslage und die damit verbundenen Auswirkungen auf die technologische Ausrüstung der Allianz.

### 7.1 Vortrag der spanischen Ministerin für Wissenschaft und Innovation, Diana Morant, zum Thema „Innovationspolitik: Herausforderungen und Chancen für Spanien“

**Diana Morant** berichtete, Spanien habe sich fit gemacht für neue Talente in der Forschung und Wissenschaft. Seit 2020 verfolge die Regierung eine Strategie, um Innovationen finanziell zu fördern und die Zusammenarbeit zwischen privater Industrie und staatlichen Akteuren zu verbessern. Ferner beabsichtige Spanien, in 2023 eine eigene Weltraumagentur zu gründen, denn Spanien strebe neben dem Ausbau von erneuerbaren Energien eine Führungsrolle im Bereich der Weltraumforschung an.

Auf die Nachfrage von **Njall Trausti Fridbertsson** (Island) zum Anteil der erneuerbaren Energien in Spanien, antwortete die Ministerin, dass bereits 25 Prozent durch Wind- und Solarenergie gedeckt seien. Spanien beabsichtige, die Atomkraftwerke abzuschalten und mit Hilfe von EU-Fördermitteln sowie niedrigen Steuern saubere Energiequellen zu fördern. **Cheryl Gallant** (Kanada) wies auf das Spannungsfeld zwischen dem Erreichen einer CO<sub>2</sub>-freien Wirtschaft und den Bedürfnissen der Gesellschaft hin. In der Tat gehe die Versorgung der Gesellschaft mit Energie vor, so die Ministerin. Auf die Nachfrage von **Agnes Vadai** (Ungarn) zum Thema Wissenschaftsspiionage entgegnete die Ministerin, dass Spanien darauf setze, Cybersicherheit zu erhöhen und die Methoden der Quantenübertragung zu erforschen. **Fabien Lainé** (Frankreich) erkundigte sich nach dem Rechtsrahmen für den

Ausbau erneuerbarer Energien sowie dem Artenschutz. In Spanien, so die Ministerin, würden bürokratische Hürden abgebaut und gleichzeitig der Schutz der Biodiversität gewährleistet. **Nancy Arendt Kemp** (Luxemburg) bat um mehr Details zur Talentförderung. **Morant** führte aus, dass die Regierung die Forschungsindustrie finanziell unterstütze, die Infrastruktur modernisiere und so den gesamten Sektor attraktiver gestaltet habe. In den letzten Jahren seien so kontinuierlich neue Arbeitsplätze entstanden.

## **7.2 Beratung des Generalberichtsentwurfes „Stärkung der W&T-Resilienz des Bündnisses“, vorgelegt von dem Generalberichterstatter Sven Clement (Luxemburg)**

**Sven Clement** stellte fest, dass auch in Krisenzeiten die Widerstandskraft der Allianz durch Innovationen im Forschungsbereich gestärkt worden sei. Der Schutz des Forschungsbereichs sei daher von hoher Bedeutung. Für die Forschungsleistung innerhalb der Allianz seien vier Komponenten essentiell: Klare Prioritäten und gemeinsame Forschungsvorhaben; Schutz vor Spionage; Zugang zu bestimmten Rohstoffen; Standardisierung und Normsetzung. Er mahnte an, dass die Mitgliedstaaten der NATO verstärkt untereinander kooperieren sowie die Zusammenarbeit mit der NATO intensivieren sollten. **Agnes Vadai** (Ungarn) zeigte sich besorgt über Spionageversuche Chinas und Russlands an Universitäten der Allianz. **Clement** betonte, dass die Allianz gut beraten sei, die wissenschaftliche Gemeinde für diese Gefahren zu sensibilisieren.

## **7.3 Vortrag des spanischen Generalmajors José L. Murga, Stellvertretender Direktor für Planung, Forschung und Technologie und Repräsentant Spaniens im NATO Science and Technology Board, zum Thema „Die Prioritäten der spanischen Innovationspolitik im Verteidigungsbereich“**

**José L. Murga** bekräftigte, dass die spanische Regierung massiv in den Forschungsbereich investiert und eine Strategie für diesen Bereich bis 2027 entwickelt habe. Die Förderungen seien abgestimmt auf Instrumente sowohl in der EU als auch in der NATO. Besondere Anstrengungen würden in den folgenden Bereichen unternommen: Quantentechnologien; Antriebssysteme; neue Materialien; präzisionsgelenkte Munition; Künstliche Intelligenz.

**Sven Clement** (Luxemburg) erkundigte sich danach, inwieweit Spanien die internationale Zusammenarbeit im Forschungsbereich fördere. Der Redner verwies darauf, dass Spanien aktives Mitglied in der *NATO's Science and Technology Organisation* (STO), dem *Defence Innovation Accelerator for the North Atlantic* (DIANA), dem *NATO Innovation Fund* (NIF), der *European Defence Agency* (EDA) und dem *European Defence Fund* (EDF) sei.

## **7.4 Beratung des Sonderberichtsentwurfes „Die Rolle der Technologie beim Klimaschutz und bei der Klimaanpassung“, vorgelegt von dem Sonderberichterstatter Sven Clement (Luxemburg)**

**Sven Clement** machte deutlich, dass der Klimawandel eine Gefahr für die globale Sicherheitsarchitektur darstelle. Die Situation verschärfe sich durch endliche Ressourcen und das hohe Bevölkerungswachstum. Deshalb mahnte er an, dass die NATO zukünftig den Klimawandel noch stärker in der eigenen Strategie berücksichtigen müsse und die militärischen Fähigkeiten sowie die Ausrüstungsgegenstände und Waffensysteme fit gemacht werden müssten, für eine Welt, in der extreme Wetterereignisse häufiger und heftiger würden. Denn die Verteidigungsfähigkeit der NATO dürfe nicht unter den Folgen des Klimawandels leiden.

In der Diskussion betonte **Fabien Lainé** (Frankreich), dass die internationale Kooperation in diesem Bereich zum Wohle der Allianz intensiviert werden müsse.

## **7.5 Beratung des Berichtsentwurfes „Energie- und Umweltsicherheit: Die Zukunft der Kriegsführung“ des Unterausschusses „Technologietrends und Sicherheit“, vorgelegt von dem Berichterstatter Njall Trausti Fridbertsson (Island)**

**Njall Trausti Fridbertsson** erklärte, die zukünftige Kriegsführung sei durch Cybertechnologien bestimmt. Waffensysteme seien eng vernetzt und mit Künstlicher Intelligenz ausgestattet. Es werde darum gehen, eine kognitive Dominanz zu erlangen. Verstanden werden müsste, dass weitere Lebensbereiche in die Kriegsführung einbezogen würden, so beispielsweise die kritische Infrastruktur von Gesellschaften oder der Weltraum und gleichzeitig die Präzision von Kriegshandlungen gesteigert würde. Die Allianz müsse sich darauf vorbereiten, insgesamt widerstandsfähiger werden und weiterhin in die Abschreckung und kollektive Verteidigungsfähigkeit investieren.

**Harriett Baldwin** (Vereinigtes Königreich) verwies auf die Abhängigkeit der Allianz bei Mikrochips von China und Taiwan. Der Berichterstatter bestätigte dies und schlug vor, nach Wegen zu suchen, diese Abhängigkeit zu reduzieren.

## **7.6 Beratung des Entschließungsentwurfs „Klimawandel und Internationale Sicherheit - Die Agenda der NATO“, vorgelegt von dem Generalberichterstatter Sven Clement (Luxemburg), und Wahl von Amtsträgern**

Der Entschließungsentwurf wurde mit Änderungen angenommen. Die Versammlung ruft darin die Regierungen der Allianz unter anderem dazu auf, mehr in den Klimaschutz zu investieren, die Energieeffizienz der Streitkräfte zu erhöhen, regelmäßige Begutachtungen der zivilen und militärischen kritischen Infrastrukturen auf die Widerstandsfähigkeit gegenüber extremen Wetterereignissen durchzuführen und die Forschungen zu klimaneutralen Antriebstechnologien zu fördern.

Dr. Joe Weingarten (SPD) wurde zum Berichterstatter des Unterausschusses „Technologietrends und Sicherheit“ gewählt.

## **8 Plenarsitzung**

### **8.1 Ansprache des Präsidenten Gerald E. Connolly**

Präsident **Gerald E. Connolly** führte aus, der russische Angriff gegen die Ukraine sei ein sinnloser, verbrecherischer Krieg. Die NATO werde die illegalen und illegitimen Annexionen durch Russland niemals anerkennen. Die Krim, Donetsk, Luhansk, Saporischschja und Cherson gehörten zur Ukraine. Russland müsse für diesen Krieg und die begangenen Kriegsverbrechen auch völkerrechtlich durch die Einrichtung eines Sondertribunals zur Verantwortung gezogen werden. Frieden lasse sich nicht auf Straflosigkeit aufbauen. Er sprach zudem eine Verpflichtung der Bündnispartner aus, die Ukraine darin zu unterstützen, Mitglied der euro-atlantischen Staaten zu werden.

### **8.2 2. Rede des spanischen Premierministers Pedro Sánchez**

**Pedro Sánchez** betonte die historische Bedeutung der aktuellen Situation für die NATO und die Stärkung und Einigkeit, die sie über die letzten Monate erfahren habe. Spanien leiste umfassend militärische und humanitäre Hilfe an die Ukraine. Er betonte, es müsse die eindeutige Botschaft an Präsident Putin gesendet werden, dass die Souveränität der Ukraine zu respektieren sei. Sánchez versicherte, dass sich durch die Einigkeit und Standhaftigkeit der Verbündeten die Geltung des Rechts durchsetzen werde. Die gemeinsame Absicht sei es, den Frieden, die internationale Ordnung und die Freiheit wiederherzustellen.

### **8.3 Ansprache des NATO-Generalsekretärs, Jens Stoltenberg, sowie anschließende Frageunde**

**NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg** ging einleitend auf den NATO-Gipfel im Juni in Madrid ein und führte aus, der Gipfel sei auch Ausdruck des spanischen Engagements in der NATO gewesen. Neben der Verabschiedung eines neuen strategischen Konzepts seien wichtige Entscheidungen getroffen worden, so beispielsweise hinsichtlich der Unterstützung für die Ukraine, der Abschreckung und Konsolidierung der Verteidigungsfähigkeit der Bündnispartner sowie der Aufnahme von Finnland und Schweden. Zum Krieg in der Ukraine legte er dar, Putin habe zwei Fehler begangen, indem er den Mut und die Kampfbereitschaft der Ukraine sowie die Geschlossenheit, mit der das Bündnis hinter der Ukraine stehe, unterschätzt habe. Gleichzeitig müsse die Stärke der russischen Truppen ernst genommen werden, die bereit seien, dem Volk der Ukraine enormes Leid zuzufügen. Seit der Krim-Annexion im Jahre 2014 seien die Verteidigungsausgaben in Europa und Kanada gestiegen. Auch beim nächsten NATO-Gipfel in Vilnius 2023 werde die Frage der Verteidigungsausgaben dominieren. Der Krieg in der Ukraine habe mit Blick auf die Resilienz die Schwachstellen der Bündnispartner aufgezeigt. Zu lange sei man von russischen Energiequellen abhängig gewesen. Er begrüßte die eingeleiteten Änderungen. Positiv hob er auch den geplanten Beitritt von Finnland und Schweden zum Bündnis hervor. 28 von 30 Bündnispartnern hätten den Ratifizierungsprozess bereits abgeschlossen. Hinsichtlich des zwischen der Türkei, Finnland und Schweden im Rahmen des Gipfels in Madrid unterzeichneten trilateralen Memorandums erklärte er, Finnland und Schweden hätten ihre Verpflichtungen aus dem Memorandum erfüllt und es sei an der Zeit, den Ratifizierungsprozess abzuschließen, um das Bündnis weiter zu stärken.

**Zaida Cantera** (Spanien) erkundigte sich, wie die NATO die Ukraine vor dem Hintergrund des Wintereinbruchs besser unterstützen könne. **Stoltenberg** erwiderte, die NATO-Bündnispartner müssten der Ukraine mehr Unterstützung anbieten. Die Fähigkeiten der russischen Streitkräfte dürften nicht unterschätzt werden. Er begrüßte die

Unterstützung durch Spanien mit Luftabwehrsystemen. Wichtig sei auch die Lieferung von Winterbekleidung, Zelten und Treibstoff. Auf Nachfrage von **Mike Turner** (USA) bekräftigte **Stoltenberg** die Bedeutung von Raketenabwehrsystemen. Hier sollten die Bündnispartner mehr kooperieren, um ihre Kapazitäten zu maximieren. **Osman Bak** (Türkei) erkundigte sich nach seinen Einschätzungen zum Getreideabkommen sowie dem erfolgten Austausch von politischen Gefangenen in Istanbul. **Stoltenberg** führte aus, das Getreideabkommen sei ein diplomatischer Erfolg, der dazu beitrage, eine Lebensmittelkrise zu verhindern. In Bezug auf den Gefangenen austausch erklärte er, Finnland und Schweden hätten ihren Teil des trilateralen Memorandums erfüllt und er hoffe, dass die Türkei den Ratifizierungsprozess rasch abschließen werde. Finnland und Schweden seien aufgerufen, auch in Zukunft beim Thema Terrorismusbekämpfung eng mit der Türkei zusammenzuarbeiten. Auf Nachfrage erläuterte er, die Ukraine solle weiterhin darin unterstützt werden, ihr Selbstverteidigungsrecht nach der VN-Charta auszuüben. Die NATO sei keine Konfliktpartei. Eine ukrainische Delegierte erkundigte sich, ob es nicht an der Zeit wäre, die NATO-Russland Grundakte von 1997 zu beenden, da diese ohnehin seit 2014 bedeutungslos geworden sei. **Stoltenberg** erwiderte, Russland habe alle Initiativen zur Kooperation verlassen und mit Russland sei kein konstruktiver Dialog mehr möglich. Russland stelle die größte Bedrohung für das Bündnis dar. Ein belgischer Delegierter erkundigte sich, wie der Beitrittsprozess für Finnland und Schweden beschleunigt werden könne. Da in der Türkei nächstes Jahr Wahlen anstünden, sei er besorgt, dass sich der Ratifizierungsprozess weiter verzögern könne. **Stoltenberg** legte dar, der Beitrittsprozess beider Länder sei bislang der schnellste in der Geschichte der NATO. Mehrere NATO-Staaten hätten nach dem Beitrittsantrag Sicherheitsgarantien gegenüber Finnland und Schweden ausgesprochen, so beispielsweise das Vereinigte Königreich. Auch habe die NATO ihre Präsenz in den beiden Regionen erhöht. Es sei also undenkbar, dass die NATO Finnland und Schweden im Falle eines Angriffs durch Russland nicht beistehen würden. **Dr. Johann David Wadehul** (CDU/CSU) erklärte, der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine habe gezeigt, dass auch der Status als NATO-Partner einen potentiellen Aggressor nicht abschrecke. Er erkundigte sich, was dies für die Beziehungen der NATO zu anderen Partnern, beispielsweise Georgien, bedeute. **Stoltenberg** erwiderte, dass der Krieg in der Ukraine die Bündnispartner lehren solle, die Partner früher und mehr zu unterstützen. Schon 2014 hätte mehr für die Ukraine getan werden können. Dasselbe gelte für Georgien und die anderen Partner. Auf die Frage eines tschechischen Delegierten antwortete er, Schwerpunkt des NATO-Gipfels in Vilnius 2023 würden die Verteidigungsausgaben der Mitgliedstaaten seien. Das Zwei-Prozent-Ziel werde dort wohl eher als Untergrenze definiert werden. Dafür sei auch erforderlich, dass die nationalen Parlamente die entsprechenden Haushalte billigten.

#### 8.4 Videoansprache des Präsidenten der Ukraine, Wolodymyr Selenskyj

**Wolodymyr Selenskyj** bekräftigte, die Ukraine sei zwar noch kein Mitglied der EU oder der NATO, teile jedoch die Werte beider Organisationen. Die Spaltung der Ukraine von Europa sei unnatürlich und dürfe den Krieg nicht überdauern. Die euro-atlantische Wertegemeinschaft müsse ihre Kraft nutzen, um den terroristischen russischen Krieg stoppen zu können. Er schlug eine ukrainische Friedensformel vor. Russland solle von Angriffen auf Atomanlagen in der Ukraine absehen. Die Verantwortlichen für Genozid und Deportationen sollten vor Gericht zur Verantwortung gezogen werden. Ein Sondertribunal solle diese ukrainische Friedensformel, die die weltweiten und europäischen gemeinsamen Werte widerspiegle, durchsetzen. Positiv hob er hervor, Estland, Lettland, Litauen, Polen und Tschechien hätten Russland als Terrorstaat bezeichnet, und rief die Bündnispartner dazu auf, dies ebenfalls zu tun. Die Sanktionen gegen Russland sollten verschärft werden. Um den Krieg gegen Russland zu gewinnen, benötige die Ukraine mehr Luft- und Raketenabwehrsysteme sowie finanzielle Unterstützung.

#### 8.5 Beratung der Entschließungsentwürfe

Nach einer Aussprache wurden mehrheitlich sechs Entschließungen angenommen. Der Ausschuss für Demokratie und Sicherheit legte den Entwurf „Die Stärkung der Cyber-Resilienz der Gesellschaft in den NATO-Mitgliedstaaten“ vor, der Ausschuss für Verteidigung und Sicherheit den Entwurf „Die Unterstützung der Abschreckungs- und Verteidigungsinitiativen der NATO nach dem Gipfel von Madrid“. Die Entwürfe „Der unmittelbare Zusammenhang zwischen Korruption und Sicherheit“ und „Russlands Krieg gegen die Ukraine: Wirtschaftliche Folgen und Reaktionen“ hatte der Ausschuss für Wirtschaft und Sicherheit erarbeitet. Der Politische Ausschuss legte den

Entwurf „Die NATO nach dem Gipfel von Madrid: Für das neue strategische Zeitalter gewappnet“ vor, der Ausschuss für Wissenschaft und Technologie den Entwurf „Klimawandel und internationale Sicherheit - Die Agenda der NATO“.

### **8.6 Wahl der Präsidentin und der Vizepräsidenten der Versammlung**

Das Plenum wählte per Akklamation Joëlle Garriaud-Maylam (Frankreich) zur neuen Präsidentin der Versammlung. Zaida Cantera (Spanien), Kevan Jones (Vereinigtes Königreich), Linda Sanchez (Vereinigte Staaten), Nicu Falcoi (Rumänien) und Michal Szczerba (Polen) wurden per Akklamation zu Vizepräsidenten der Versammlung wiedergewählt.

### **8.7 Bericht des Schatzmeisters und Annahme des Haushaltsentwurfs für das Jahr 2023**

Schatzmeister **Wolfgang Hellmich** (SPD) stellte den geprüften Jahresabschluss für das Jahr 2021 sowie seinen Bericht über den Haushaltsentwurf für das Jahr 2023 vor. Die Versammlung nahm die Dokumente in der jeweils vorgelegten Fassung an.

Berlin, den 28. April 2023

**Dr. Johann David Wadephul**  
Leiter der Delegation

**Peter Beuth**  
Leiter der Delegation des Bundesrates

## 9 Verabschiedete Entschlüsse

### Entschließung 475

#### DIE STÄRKUNG DER CYBER-RESILIENZ DER GESELLSCHAFT IN DEN NATO-MITGLIEDSTAATEN<sup>1</sup>

verabschiedet vom

#### AUSSCHUSS FÜR DEMOKRATIE UND SICHERHEIT

Die Versammlung,

1. **in Anerkennung** des wesentlichen Beitrags digitaler Technologien für das Funktionieren, Wohlergehen und den Zusammenhalt sowie die Sicherheit der Gesellschaften in den NATO-Mitgliedstaaten;
2. **beunruhigt** über die Zunahme, größere Leistungsfähigkeit und stärker destabilisierende Wirkung von böstigen Cyber-Aktivitäten, die sich gegen alle Sektoren richten, beispielsweise den öffentlichen Dienst, privatwirtschaftliche Unternehmen und demokratische Institutionen;
3. **in Würdigung** der Anstrengungen von Seiten der Verbündeten und der NATO zur Verbesserung ihrer Kapazitäten zur Verhütung, Abschreckung und Bekämpfung von böstigen Cyber-Aktivitäten und **erfreut darüber**, dass der Schwerpunkt auf der Bekämpfung Letztgenannter und den im neuen strategischen Konzept der NATO enthaltenen Verpflichtungen liegt;
4. **besorgt** über das aggressive und unverantwortliche Verhalten autoritärer Staaten im Cyberspace und **beunruhigt** über die Vervielfachung der Zahl und die Diversifizierung von nichtstaatlichen Cyber-Akteuren sowie deren Ziele und Vorgehensweisen;
5. **unter entschiedener Verurteilung** der inakzeptablen Verbreitung von böstigen Cyber-Aktivitäten gegen kritische zivile Infrastrukturen in der Ukraine vor und während der erneuten widerrechtlichen und nicht provozierten Invasion Russlands in dem Land und **in Anerkennung** der Bedeutung der Unterstützung der Verbündeten für die ukrainischen Behörden bei der Vereitelung dieser Aktivitäten;
6. **erneut bekräftigend**, dass die Verbündeten die Pflicht haben, ihre nationale Cyber-Resilienz aufrechtzuerhalten und zu stärken und dass die NATO diesbezüglich Unterstützung leisten kann, vor allem mithilfe der Vereinbarung zur Cyber-Abwehr (*Cyber Defence Pledge*);
7. **herausstellend**, dass die NATO das Cyberspace als operativen Bereich anerkannt hat, und **erneut darauf hinweisend**, dass der Nordatlantikrat fallweise entscheiden kann, wenn ein Cyberangriff zur Ausrufung des Bündnissesfalls nach Artikel 5 führen würde;
8. **in Bekräftigung** der entscheidenden Rolle von Partnerschaften bei der Bekämpfung von Cyber-Bedrohungen, die vor Grenzen nicht Halt machen, und **erfreut über** die umfassende und effektive Zusammenarbeit zwischen der NATO und der Europäischen Union (EU) in diesem Bereich;
9. **unter Hinweis darauf**, dass die Verbesserung der Cyber-Sicherheit der Gesellschaften in den NATO-Mitgliedstaaten nicht auf Kosten der Schwächung der demokratischen Freiheiten, Rechte und Grundsätze, die ihnen zugrunde liegen, erreicht werden darf;
10. **zur Kenntnis nehmend**, dass die internationale Gemeinschaft die Anwendbarkeit des Völkerrechts im Cyberspace anerkannt hat, und das Bekenntnis des Bündnisses zu dessen Einhaltung zwecks Förderung eines freien, offenen, friedlichen und sicheren Cyberspace **noch einmal bekräftigend**;
11. **FORDERT** die Regierungen und Parlamente der Mitgliedstaaten des Nordatlantischen Bündnisses sowie gegebenenfalls die NATO-Organen **NACHDRÜCKLICH AUF**,
  - a. gemeinsam vereinbarte politische Maßnahmen, insbesondere die Vereinbarung zur Cyber-Abwehr (*Cyber Defence Pledge*), die umfassende Cyber-Verteidigungspolitik (*Comprehensive Cyber Defence Policy*) und das neue strategische Konzept, rasch umzusetzen;

<sup>1</sup> vorgelegt vom Ausschuss für Demokratie und Sicherheit und angenommen von der Plenarversammlung am Montag, 21. November 2022

- b. die Abschreckungs- und Verteidigungsfähigkeiten im Cyber-Bereich zu verbessern und zu diesem Zweck
  - i. ihre Handlungsdoktrinen transparent zu kommunizieren;
  - ii. ihre Fähigkeit zur raschen und effektiven Koordinierung ihrer Reaktionen auf Cyber-Aktivitäten insbesondere in Bezug auf die Zuordnung solcher Aktivitäten zu konsolidieren und dabei die jeweiligen nationalen Zuständigkeiten der Verbündeten zu beachten;
  - iii. sich das Recht vorzubehalten, auf freiwilliger Basis gemeinsame Maßnahmen gegen die Verantwortlichen von Cyber-Operationen unterhalb der Schwelle zu verabschieden, an der sie als bewaffnete Angriffe betrachtet würden, die eine militärische Reaktion erfordern;
  - iv. Maßnahmen zu treffen und Cyber-Fähigkeiten - einschließlich offensiver Fähigkeiten auf nationaler Ebene - sowie die Interoperabilität zu verbessern, um die Verbündeten in die Lage zu versetzen, den Verantwortlichen für ihre bössartigen Cyber-Aktivitäten erhebliche Kosten aufzuerlegen;
- c. die Kenntnisse über Cyber-Bedrohungen, den Austausch nachrichtendienstlicher Erkenntnisse und Forschungsvorhaben zu intensivieren, beispielsweise durch die Schaffung von gezielten Anwendungen für die Öffentlichkeit, und in die Sicherheit von Netzwerken zu investieren, um besser gegen bössartige Cyber-Aktivitäten gewappnet zu sein und diese vereiteln zu können;
- d. die politischen Maßnahmen und rechtlichen Rahmenbedingungen für die Bekämpfung von Cyber-Bedrohungen auf nationaler Ebene zu verstärken und sich weiterhin für die Entwicklung und Umsetzung internationaler Standards für verantwortungsvolles Verhalten im Cyberspace einzusetzen;
- e. die Zusammenarbeit mit den einschlägigen internationalen Organisationen, vor allem der EU, Partnerländern, Wirtschaft und Wissenschaft, auszubauen, insbesondere durch Konsolidierung des Austauschs von Informationen und bewährten Verfahren;
- f. alle gesellschaftlichen Akteure für ihre individuelle Rolle bei der kollektiven Cyber-Resilienz zu sensibilisieren, die Zusammenarbeit mit allen privatwirtschaftlichen Akteuren auszubauen und die zivil-militärische Zusammenarbeit im Cyber-Bereich zu stärken;
- g. die Unterstützung der Partnerländer, die Cyber-Gefahren ausgesetzt sind, insbesondere der Ukraine, aufrechtzuerhalten und zu verstärken, um den unverantwortlichen und bössartigen Cyber-Aktivitäten gegen das Land im Zusammenhang mit dem eskalierenden Angriffskrieg Russlands entgegenzutreten;
- h. die regelmäßige Durchführung von Übungen und Ausbildungsmaßnahmen unter Einbeziehung aller betreffenden Akteure, mit deren Hilfe ihre Gefährdungen im Cyber-Bereich festgestellt und ihre individuelle und kollektive Fähigkeit zur Reaktion auf und Erholung von bössartigen Cyber-Aktivitäten getestet und entwickelt werden sollen, fortzuführen und auszubauen;
- i. dafür zu sorgen, dass die Parlamente, die Zivilgesellschaft und die Öffentlichkeit über all die Informationen und Mittel verfügen, die notwendig sind, um die Maßnahmen zu überwachen, mit denen die Cyber-Sicherheit verbessert werden soll, um zu gewährleisten, dass solche Maßnahmen die demokratischen Werte oder individuellen Rechte nicht verletzen.



## Entschließung 476

DIE UNTERSTÜTZUNG DER ABSCHRECKUNGS- UND VERTEIDIGUNGSINITIATIVEN  
DER NATO NACH DEM GIPFEL VON MADRID<sup>2</sup>

verabschiedet vom

## AUSSCHUSS FÜR VERTEIDIGUNG UND SICHERHEIT

Die Versammlung,

1. bei **entschiedener Verurteilung** des brutalen und nicht provozierten und großangelegten Angriffskrieges Russlands gegen die Ukraine, der beweist, dass es sich dabei um die größte und unmittelbarste Bedrohung für die Sicherheit der Verbündeten sowie für Frieden und Stabilität im euroatlantischen Raum handelt;
2. **in Würdigung** der fortwährenden mutigen und gerechten Selbstverteidigung der Ukraine - wie in der Charta der Vereinten Nationen verankert - zwecks Abwehr der russischen Aggression zum Schutz ihres Volkes, ihrer souveränen territorialen Rechte und der Demokratie;
3. **eingedenk** der willkommenen Demonstration der Einigkeit des Bündnisses und der auf dem Gipfel von Madrid 2022 getroffenen weitreichenden Entscheidungen, die die Weichen für einen fundamentalen Wandel des grundlegenden Abschreckungs- und Verteidigungsdispositivs der NATO stellen;
4. **in der Überzeugung**, dass das neue strategische Konzept der NATO einen soliden Fahrplan dafür bietet, das Bündnis für die Bewältigung der Bedrohungen und Herausforderungen in einem immer komplexer werdenden Sicherheitsumfeld zur Verteidigung der gemeinsamen Werte der Freiheit des Einzelnen sowie von Menschenrechten, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit zu wappnen;
5. **in lobender Anerkennung** der fortlaufenden umfassenden und wichtigen militärischen, wirtschaftlichen, politischen und humanitären Unterstützung für die Ukraine durch die Verbündeten und Partner;
6. **besorgt** über die rücksichtslosen atomaren Drohungen der russischen Regierung gegen die NATO-Mitgliedstaaten, die ein aggressives Spiel mit dem Feuer darstellen und das Ziel haben, die Unterstützung der euroatlantischen Gemeinschaft für die Ukraine bei ihrer legitimen Selbstverteidigung gegen den widerrechtlichen und nicht provozierten Krieg Russlands auf ihrem Hoheitsgebiet zu unterbinden;
7. **zur Kenntnis nehmend**, dass der Terrorismus in all seinen Erscheinungsformen und Ausprägungen nach wie vor die größte asymmetrische Bedrohung für die Sicherheit und Stabilität des Bündnisses und seiner Partner darstellt, und **erfreut über** das erneute entschlossene Bekenntnis der Staats- und Regierungschefs der NATO, mit dem einzigartigen und essenziellen Partner der NATO - der EU - sowie weiteren Partnern, insbesondere im Nahen Osten, in der gesamten Sahel-Zone und am Horn von Afrika zwecks Bekämpfung des Terrorismus und Reaktion auf gemeinsame Bedrohungen und Herausforderungen zusammenzuarbeiten;
8. **beunruhigt** über die Möglichkeit, dass Afghanistan unter der aktuellen Führung der Taliban erneut zur Zufluchtsstätte für Terroristen werden könnte;
9. **besorgt** über Chinas erklärte Ziele und politische Zwangsmaßnahmen, die eine Herausforderung für die Interessen, Sicherheit und Werte des Bündnisses darstellen;
10. **beunruhigt** über die Erosion der Rahmenbedingungen für Rüstungskontrolle, Abrüstung und Nichtverbreitung, Russlands unverantwortliches atomares Spiel mit dem Feuer, den Ausbau der Atomwaffenarsenale durch Russland und China sowie die fortwährende Weiterentwicklung der Atom- und Raketenprogramme im Iran und in Nordkorea, die sich insgesamt negativ auf die strategische Stabilität auswirken;
11. **zur Kenntnis nehmend**, dass böswillige staatliche und nichtstaatliche Akteure in zunehmendem Maße versuchen, die Institutionen, Infrastrukturen, Volkswirtschaften und Gesellschaften der NATO-Mitgliedstaaten im Cyberspace zu stören und zu schwächen;
12. **unter Hinweis darauf**, dass das Abschreckungs- und Verteidigungsdispositiv der NATO auf einem geeigneten Mix aus atomaren, konventionellen und raketengestützten Verteidigungsfähigkeiten beruht, der durch Weltraum- und Cyber-Fähigkeiten ergänzt wird;

---

<sup>2</sup> vorgelegt vom Ausschuss für Verteidigung und Sicherheit und angenommen von der Plenarversammlung am Montag, 21. November 2022

13. **erfreut** über die seit 2014 unternommenen wichtigen Schritte zur Anpassung der Abschreckung und Verteidigung der NATO und **in Anerkennung des Umstands**, dass diese ausgebaut werden müssen, um die sicherheitspolitischen Aufgaben zu bewältigen, vor denen das Bündnis heute steht;
14. **ermutigt** durch den Beschluss der NATO-Mitgliedstaaten, sich mithilfe einer stärkeren Vorpräsenz der NATO, eines deutlich gestärkten Streitkräftenmodells für multidimensionale nachrückende Streitkräfte in höchster Bereitschaft, die Vorausstationierung von Material sowie ein verbessertes Führungssystem insbesondere entlang der NATO-Ostflanke, zu einem modernen Vorverteidigungsdispositiv zu bekennen, um die Sicherheit der Bevölkerungen und Hoheitsgebiete aller NATO-Mitgliedstaaten zu garantieren;
15. **unter Betonung** des Umstands, dass die Maßnahmen der NATO defensiver Natur sind und einen Konflikt nicht provozieren, sondern verhüten sollen;
16. **zur Kenntnis nehmend**, dass die Verbündeten in enger Zusammenarbeit mit der EU die Resilienz ihrer nationalen kritischen Infrastrukturen, insbesondere der Energie- und Kommunikationsnetze, von denen unsere Volkswirtschaften, Regierungen und Gesellschaften abhängen, erhöhen müssen;
17. **in Unterstützung** der Forderung der Verbündeten gegenüber allen Mitgliedstaaten, nationale Ziele und Umsetzungspläne zur Stärkung der kollektiven Resilienz innerhalb des Bündnisses zu entwickeln, die für die Kernaufgaben der NATO von entscheidender Bedeutung sind;
18. **hervorhebend**, dass die Stärke und Resilienz der NATO auf dem grundsätzlichen Bekenntnis zu demokratischen Werten und Institutionen beruht, wie im neuen strategischen Konzept der NATO zum Ausdruck gebracht, in dem es heißt, dass die Verbündeten "unsere Freiheit und Demokratie sichern" und "unsere gemeinsamen demokratischen Werte" stärken, und **zur Kenntnis nehmend**, dass das neue strategische Konzept erstmals autoritäre Akteure als Herausforderung für "unsere Interessen und Werte und unseren demokratischen Lebensstil" besonders kennzeichnet;
19. **erfreut** über die Unterstützung der Politik der Abwehr chemischer, biologischer, radiologischer und nuklearer Waffen (CBRN) durch die Staats- und Regierungschefs der NATO-Mitgliedstaaten, die das Bündnis verpflichtet, die für die Bekämpfung der Verbreitung von Massenvernichtungswaffen erforderlichen Fähigkeiten vorzuhalten und in jeglichem Umfeld effektiv zu operieren und sich dort durchzusetzen;
20. **in Zustimmung zur** Einrichtung eines multinationalen Innovationsfonds, der Regierungen, die Privatwirtschaft und die Wissenschaft an einen Tisch bringen soll, um den Beschleuniger von Verteidigungsinnovationen für den Nordatlantik (*Defence Innovation Accelerator of the North Atlantic, DIANA*) zu ergänzen und den technologischen Vorsprung des Bündnisses auszubauen;
21. **fest entschlossen**, aufbauend auf der 2014 getroffenen Zusage für Verteidigungsinvestitionen die Impulse für entsprechende Investitionen zu bewahren, um die für die Umsetzung des neuen grundlegenden Abschreckungs- und Verteidigungsdispositivs der NATO notwendigen Initiativen zu unterstützen und fortzuführen;
22. **FORDERT** die Regierungen und Parlamente der Mitgliedstaaten des Nordatlantischen Bündnisses **NACHDRÜCKLICH AUF**,
  - a. sich gemeinsam und entschlossen für die Sicherstellung der unverzüglichen und effektiven Umsetzung der auf dem Gipfel von Madrid getroffenen neuen Beschlüsse zur Stärkung des grundlegenden Abschreckungs- und Verteidigungsdispositivs der NATO einzusetzen;
  - b. die Modernisierung der Streitkräftestruktur der NATO unverzüglich und in vollem Umfang umzusetzen und so die Präsenz des Bündnisses an der Ostflanke insgesamt zu erhöhen und gleichzeitig einen 360-Grad-Ansatz beizubehalten;
  - c. die politische und praktische Unterstützung der Ukraine, die ihre Souveränität und territoriale Unversehrtheit verteidigt, fortzuführen und auszubauen, unter anderem mithilfe des erweiterten umfassenden Hilfspakets für die Ukraine;
  - d. zeitnah die beim Gipfel für Bosnien und Herzegowina, Georgien und die Republik Moldau im Juni 2022 angenommenen gezielten Unterstützungsmaßnahmen ("Tailored Support Measures"), die deren Verteidigungsfähigkeiten und Resilienz weiter verbessern werden, umzusetzen;
  - e. klarzustellen, dass die Russische Föderation unter dem derzeitigen Regime, dessen Streitkräfte wahllos Angriffe durchführen und gezielt und systematisch zivile Objekte und kritische Infrastrukturen in der Ukraine angreifen, wie ein Staat handelt, der Terrorismus und Kriegsverbrechen unterstützt und betreibt;

- f. die auf dem Gipfel im Juni 2022 gezeigte politische Einigkeit und Entschlusskraft zu bewahren, um die notwendigen Mittel und Ressourcen unter Zuhilfenahme des Maßstabs von 2 % des BIP als Mindestinvestition bereitzustellen und so das Verteidigungs- und Abschreckungsdispositiv des Bündnisses entsprechend anzupassen und ihre jährlichen Investitionen auf mindestens 20 % der gesamten Verteidigungsausgaben für militärische Ausrüstung einschließlich damit zusammenhängender Forschungs- und Entwicklungsvorhaben zu erhöhen, um die Herausforderungen einer stärker in Frage gestellten globalen Sicherheitsordnung zu bewältigen;
- g. entsprechend den Bestimmungen von Artikel 3 des NATO-Vertrages und zwecks Erzielung höchstmöglicher Synergien mit der EU nationale Pläne umzusetzen und so die nationale und kollektive Resilienz zu erhöhen, vor allem um die Sicherheit kritischer Energie- und Cybernetze, wichtiger Versorgungsketten sowie staatlicher und öffentlicher Dienstleistungen zu garantieren;
- h. das im neuen strategischen Konzept erneut bekräftigte Bekenntnis zu gemeinsamen demokratischen Werten zu operationalisieren, unter anderem durch die Einrichtung eines Zentrums für demokratische Resilienz (*Centre for Democratic Resilience*) beim NATO-Hauptquartier, das als Ressource für die Förderung demokratischer Werte und den Schutz derjenigen Institutionen dient, die die Stärke der verbündeten Demokratien schützen;
- i. die Reichweite und das Potenzial bündnisweiter Initiativen wie beispielsweise des Rüstungs-Innovationsfonds und des Projekts DIANA zu bündeln, um rüstungsbezogene Innovationen zu unterstützen, den technologischen Vorsprung der Verbündeten auszubauen und zur Entwicklung und Anpassung von neuen Technologien mit doppeltem Verwendungszweck an die kritischen sicherheits- und verteidigungspolitischen Herausforderungen von heute beizutragen;
- j. von terroristischen Gruppen ausgehende Bedrohungen und Herausforderungen weiterhin zu bekämpfen, abzuschrecken, abzuwehren und darauf zu reagieren, beispielsweise durch die verstärkte Zusammenarbeit mit der EU und weiteren Partnern;
- k. mithilfe des Dialogs eine strategische Gefahrenreduzierung in einem immer komplexer werdenden internationalen Sicherheitsumfeld zu betreiben;
- l. auch in Zukunft alle notwendigen Schritte zu unternehmen, um die Glaubwürdigkeit, Effektivität und Sicherheit der atomaren Mission der NATO zu gewährleisten;
- m. die Verpflichtungen im Rahmen der CBRN-Verteidigungspolitik 2022 in vollem Umfang zu unterstützen und in Bezug auf die CBRN-bezogene Bedrohung durch Russland und weitere staatliche oder nichtstaatliche Akteure wachsam zu bleiben;
- n. die Resilienz der Weltraum- und Cyber-Fähigkeiten, auf denen die kollektive Verteidigung und Sicherheit des Bündnisses beruhen, zu stärken;
- o. sich gemeinsam als Verbündete und mit gleichgesinnten Partnern mit den von China ausgehenden systemischen Herausforderungen für die euroatlantische Sicherheit auseinanderzusetzen und die dauerhafte Fähigkeit der NATO, die Verteidigung und Sicherheit der Verbündeten zu garantieren, sicherzustellen.

## Entschließung 477

DER UNMITTELBARE ZUSAMMENHANG ZWISCHEN KORRUPTION UND SICHERHEIT<sup>3</sup>

verabschiedet vom

## AUSSCHUSS FÜR WIRTSCHAFT UND SICHERHEIT

Die Versammlung,

1. **zur Kenntnis nehmend**, dass Korruption offenbar ein Katalysator für Konflikte ist, die staatlichen Institutionen untergräbt und - wie im Kommuniqué des NATO-Gipfels in Brüssel 2021 zum Ausdruck gebracht - die nationale Sicherheit gefährdet, da sie die Zivilgesellschaft marginalisiert, terroristischen und internationalen kriminellen Netzwerken die Finanzierung ihrer Operationen ermöglicht und Verbindungen zwischen korrupten politischen Eliten, organisierten kriminellen Gruppen und nachrichtendienstlich tätigen Personen gegnerischer Staaten knüpft;
2. **mit Bedauern feststellend**, dass Korruption eine verantwortungsvolle demokratische Staatsführung unterkariert, da sie die Integrität von Wahlen und die Teilhabe der Bürgerinnen und Bürger am staatlichen Leben beeinträchtigt und gleichzeitig Investitionen unterläuft, Risikoprämien erhöht, junge Menschen ins Exil treibt und das wirtschaftliche Potenzial verringert, weil Ressourcen auf der Grundlage undurchsichtiger Verbindungen statt sachlicher Erwägungen zugeteilt werden, wodurch den schwächsten Bevölkerungsteilen in der Gesellschaft in unverhältnismäßig hohem Maße Schaden zugefügt wird;
3. **die Tatsache anerkennend**, dass endemische Korruption in Afghanistan zur Erosion der Legitimität des Staates beigetragen hat, ein Faktor für das Scheitern des Staates war und zur Auflösung der afghanischen Armee geführt sowie die Schwäche des Landes in erheblichem Maße verschärft hat; all diese Faktoren haben neben anderen den Taliban die Tür für die Rückkehr zur Macht geöffnet;
4. **unter Hinweis auf** die Bedeutung einer starken und unabhängigen rechtsprechenden Gewalt sowie von Journalistinnen und Journalisten und weiteren zivilgesellschaftlichen Akteuren bei der Aufdeckung von Korruption und der Aufgabe, korrupte Akteure zur Rechenschaft zu ziehen;
5. **zur Kenntnis nehmend**, dass Russland Korruption als Mittel der hybriden Kriegführung nutzt und bestimmte Akteure hofiert, die versuchen, den Staat zu schwächen, eine verantwortungsvolle demokratische Staatsführung zu untergraben und die Ziele der euroatlantischen Gemeinschaft zu torpedieren;
6. **jedoch angesichts des Umstands**, dass die Ukraine lange Zeit mit Korruption zu kämpfen hatte, die Reformen von 2014 aber der ukrainischen Gesellschaft geholfen haben, stärkere Korruptionsbekämpfungsstandards zu etablieren, die die Resilienz des Landes verbessert haben;
7. **in dem Bewusstsein**, dass ein kleptokratischer russischer Staat Korruption nicht nur auf internationaler Ebene pflegt, sondern diese auch gegen das russische Volk richtet;
8. **mit dem warnenden Hinweis**, dass Chinas undurchsichtige Geschäftspraktiken, die katastrophale Folgen für die Menschenrechte haben, sich der demokratischen Kontrolle entziehen, häufig Schuldenfallen entstehen lassen, die Staatsführung unterminieren und korrupten Staatsbediensteten, deren Interessen sich erheblich von denen der Gesellschaft insgesamt unterscheiden, Macht verleihen;
9. **zur Kenntnis nehmend**, dass Kryptowährungen inzwischen zu einem umfassend angewandten Instrument für die Übertragung von Vermögenswerten zu illegalen Zwecken und das Waschen von Einkünften aus kriminellen und korrupten Aktivitäten geworden sind;
10. **mit Bedauern zur Kenntnis nehmend**, dass ausgerechnet die westlichen Immobilienmärkte zu einem besonders wichtigen Instrument für das Waschen von Geldern derjenigen geworden sind, die ihren Reichtum korrupten Aktivitäten verdanken;
11. **zur Kenntnis nehmend**, dass immer umfassender werdende internationale Sanktionen gegen Russland nach dessen Angriffen auf die Ukraine, darunter die Beschlagnahme von Vermögenswerten, die sich gegen dem Regime nahestehende Personen richten, der Ausschluss russischer Banken vom Finanzkommunikationssystem SWIFT, verstärkte Anstrengungen zur Verhütung von Geldwäsche und des Ankaufs von Vermögenswerten im

<sup>3</sup> vorgelegt vom Ausschuss für Wirtschaft und Sicherheit und angenommen von der Plenarversammlung am Montag, 21. November 2022

Westen durch Russland und Einschränkungen gegenüber dem russischen Energiesektor, der selbst massiv Korruption betreibt, eine radikale Wende kennzeichnen, da sie nicht nur eine Reaktion auf die russische Sicherheitsbedrohung darstellen, sondern auch die Fähigkeiten der Regierungen der NATO-Mitgliedstaaten verbessern, illegale Geldströme zu unterbinden, die durch korrupte Praktiken erwirtschaftet und für solche ausgegeben werden;

12. **mit Beifall** die nationalen Maßnahmen der NATO-Mitgliedstaaten **zur Kenntnis nehmend**, so beispielsweise die US-Strategie zur Bekämpfung von Korruption der Regierung von Präsident Biden, die auf die durch Korruption verursachten Sicherheitsrisiken aufmerksam gemacht und wichtige Schritte zur Korruptionsbekämpfung bewirkt haben, sowie die besonders wichtige Rolle von internationalen Organisationen wie der Europäischen Union, der OECD, der Weltbank und der Financial Action Task Force (Arbeitsgruppe "Bekämpfung der Geldwäsche und der Terrorismusfinanzierung", FATF) bei der Förderung von legalen und funktionierenden Korruptionsbekämpfungsstrategien;

13. **erfreut** über das fortwährende Bekenntnis der NATO zum "Building Integrity"-Programm, einer Korruptionsbekämpfungsmaßnahme, die auf der Erkenntnis beruht, dass Korruption im Verteidigungs- und Sicherheitssektor eine ernsthafte Herausforderung für Frieden und Stabilität darstellt;

14. **zur Kenntnis nehmend**, dass Korruptionsbekämpfungsmaßnahmen im Sicherheitssektor als Vorbild für allgemeinere Maßnahmen fungieren können, wie das Beispiel der Reformen bei der georgischen Polizei in den ersten Jahren nach der Rosenrevolution, die in der Folge eine Reihe weiterer wichtiger Reformen nach sich zogen, verdeutlicht;

15. **eingedenk** des willkommenen und entschlossenen erneuten Bekenntnisses des Bündnisses zu den gemeinsamen Werten der Freiheit des Einzelnen, Menschenrechten, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit im neuen strategischen Konzept der NATO und der Erkenntnis, dass diese Werte im Zentrum der Reaktion der NATO auf die aktuellen Herausforderungen stehen müssen;

16. **FORDERT** die Regierungen und Parlamente der Mitgliedstaaten des Nordatlantischen Bündnisses **NACHDRÜCKLICH AUF**,

- a. alle NATO-Mitgliedstaaten und -Partner zu ermutigen, die nationale sicherheitspolitische Dimension von Korruption zu berücksichtigen und die Korruptionsbekämpfung stärker zu koordinieren und systematischer zu betreiben;
- b. gemeinsame Anstrengungen zu unternehmen, um Bündnis- und Partnerstaaten und die gesamte demokratische Welt vor dem perfiden Einfluss der Korruption zu schützen, einschließlich ihrer schlimmsten Formen, die sich zeigen, wenn autoritäre Staaten wie Russland sie einsetzen, um die Demokratie zu zersetzen, demokratische Bündnisse zu schwächen und ihre eigene antidemokratische Agenda durchzusetzen;
- c. Möglichkeiten zu eruieren, die Nutzung von finanziellen Mitteln aus bestimmten gegnerischen Ländern und ihren Finanzinstitutionen zwecks Finanzierung von Wahlkämpfen einzuschränken oder zu ächten;
- d. die wichtige Rolle von nichtstaatlichen Organisationen (NGOs), freien Medien und zivilgesellschaftlichen Organisationen im Hinblick auf die Einforderung von Transparenz, Integrität und demokratischer Verantwortlichkeit von staatlichen Institutionen zu stärken;
- e. das "Building Integrity"-Programm der NATO, dessen Ziel die Stärkung der für die Bekämpfung von Korruption in den Verteidigungs- und Sicherheitsinstitutionen in den NATO-Mitgliedstaaten und Partnerländern notwendigen Resilienz ist, auszubauen;
- f. die Staaten zu ermutigen, Gesetze zur Bekämpfung der Kleptokratie zu unterstützen, mit denen rechtliche Schlupflöcher geschlossen werden sollen, die Geldwäsche begünstigen, aktiv Schritte zur Umsetzung von Sanktionen zu unternehmen und Möglichkeiten der Ermittlung des rechtmäßigen Eigentums von Vermögensgegenständen zu eruieren und die Entwicklung stärkerer Rechtsinstrumente für das Einfrieren und die Beschlagnahme von Vermögensgegenständen zu fördern, wenn festgestellt wird, dass sie das Ergebnis von Korruption sind;
- g. die Erfahrungen der NATO in Afghanistan für alle künftigen NATO-Operationen zu nutzen;
- h. die Lücken in den westlichen Immobilienmärkten zu schließen, die es korrupten Staatsbediensteten und Oligarchen ermöglichen, schmutziges Geld zu waschen, indem sie Immobilien mithilfe von anonymen Briefkastenfirmen mit Sitz im Ausland erwerben;

- i. die Korruptionsbekämpfungsmaßnahmen einer Reihe von internationalen Organisationen, darunter das OECD-Übereinkommen zur Bekämpfung der Bestechung sowie deren Programm zur Korruptionsbekämpfung und für Integrität, die Arbeit der Financial Action Task Force zur Bekämpfung der Terrorismusfinanzierung und die parallel laufenden Bemühungen des IWF, der Weltbank, der Europäischen Union und der Vereinten Nationen, zu stärken;
- j. die Entwicklungen auf den Kryptowährungsmärkten zu beobachten und die Maßnahmen fortzuführen, mit denen Kryptowährungstransaktionen deutlich weniger anonym ablaufen und leichter nachvollziehbar sein sollen, und auf diese Weise die Möglichkeit einzuschränken, digitale Währungen als Zahlungsmittel für illegale Aktivitäten zu nutzen;
- k. das Bekenntnis des Bündnisses zu gemeinsamen demokratischen Werten im neuen strategischen Konzept zu operationalisieren und zu diesem Zweck ein Zentrum für demokratische Resilienz im NATO-Hauptquartier einzurichten, das als Ressource und Schaltstelle für bewährte Verfahren fungiert, die Mitgliedern und Partnern auf Wunsch zur Verfügung steht.

### Entschließung 478

#### **RUSSLANDS KRIEG GEGEN DIE UKRAINE: WIRTSCHAFTLICHE FOLGEN UND REAKTIONEN<sup>4</sup>**

verabschiedet vom

#### **AUSSCHUSS FÜR WIRTSCHAFT UND SICHERHEIT**

Die Versammlung,

1. **in Bekräftigung** ihrer bei der Frühjahrstagung im Mai 2022 in Vilnius (Litauen) angenommenen Erklärung "Standing with Ukraine" ("Der Ukraine beistehen"), die angesichts des widerrechtlichen und katastrophalen russischen Krieges gegen die Ukraine die volle Solidarität mit der Ukraine zum Ausdruck bringt;
2. **bestürzt** über die ziellose Gewalt und massiven Zerstörungen, die Folge des russischen Angriffskrieges sind;
3. **unter entschiedener Verurteilung** der Anwendung von Folter und summarischer Hinrichtungen durch Russland und der extrem rücksichtslosen Angriffe auf zivile und wirtschaftliche Infrastrukturen, darunter Wohnhäuser, Getreidesilos, Energieanlagen, Stromtrassen und weitere Einrichtungen, die für die Sicherstellung des Überlebens der ukrainischen Bevölkerung notwendig sind; diese Praktiken und Angriffe stellen allesamt schreckliche Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht dar;
4. der heroischen Opfer **gedenkend**, die das ukrainische Volk auf sich genommen hat, um seine Heimat und darüber hinaus die demokratische Völkergemeinschaft zu verteidigen;
5. **bestürzt** darüber, dass Russlands Krieg gegen die Ukraine nicht nur Millionen von Zivilistinnen und Zivilisten gezwungen hat, aus ihrer Heimat zu fliehen, sondern sich auch gravierend auf die ukrainische Volkswirtschaft auswirkt, die allein 2022 voraussichtlich um 35 % schrumpfen wird;
6. **besorgt** darüber, dass Russlands widerrechtlicher Krieg globale wirtschaftliche Folgen hat, Preise in die Höhe treibt und das Wachstum verlangsamt und gleichzeitig die internationalen Energie-, Nahrungsmittel-, Rohstoff-, Verbrauchsgüter- und Aktienmärkte trifft - Entwicklungen, die das Wachstum in den Mitgliedstaaten des Bündnisses hemmen;
7. **mit Bedauern zur Kenntnis nehmend**, dass die Industrieländer in besonderem Maße von diesem durch den Krieg verursachten Schock getroffen wurden und dass steigende Nahrungsmittelpreise Auslöser für Hunger, Armut, gravierende Instabilität, eine humanitäre Krise und Massenmigration sein könnten;
8. **mit Beifall zur Kenntnis nehmend**, dass die NATO-Staaten und -Partner die Ukraine unentwegt unterstützen und sich klar und deutlich weigern, jegliche widerrechtlichen und rechtswidrigen Ansprüche Russlands auf ukrainisches Hoheitsgebiet einschließlich der Krim anzuerkennen;

<sup>4</sup> vorgelegt vom Ausschuss für Wirtschaft und Sicherheit und angenommen von der Plenarversammlung am Montag, 21. November 2022

9. **unter Begrüßung** der Entscheidungen der Regierungen der NATO-Mitgliedstaaten, immer mehr und größere Sanktionspakete zu schnüren, um die russische Kriegsmaschinerie zu schwächen und diejenigen zu treffen, die dem Putin-Regime nahestehen; dies betrifft auch Personen, die den Krieg unterstützt und Lügen verbreitet haben, die dem Regime zur Rechtfertigung des Krieges dienen;
10. **unter Betonung des Umstands**, dass die Sanktionen die russische Wirtschaft geschwächt, aber die hohen Energiepreise bislang die Kosten für sie im Rahmen gehalten haben;
11. **in Zustimmung** zur Verpflichtung der meisten Regierungen der NATO-Mitgliedstaaten, die Einfuhr von russischer Energie zu reduzieren oder ganz einzustellen, da dies die wichtigste Finanzierungsquelle für das russische Militär und die korrupte Führung darstellt, die das Militär für ihre ruchlosen Zwecke eingesetzt hat;
12. **unter Begrüßung** der Solidarität und Zusammenarbeit unter den Verbündeten bei der Suche nach alternativen Energiequellen;
13. **bekräftigend**, dass jegliche Angriffe auf kritische Infrastruktur der Verbündeten einschließlich der Energieinfrastruktur eine umfassende und geschlossene Reaktion nach sich ziehen würden;
14. **zur Kenntnis nehmend**, dass die Entscheidung der EU und der G7-Staaten, einen Preisdeckel für russisches Öl zu verhängen, die Einnahmen begrenzen wird, die Russland aus diesem äußerst wichtigen Ausfuhrgut erzielen kann;
15. **unter Betonung des Umstands**, dass die Reduzierung und letztendlich Entfernung russischer Energie aus dem Energiemix der Verbündeten eine breit angelegte Strategie erfordert, um nicht nur die Energieversorgung zu diversifizieren, sondern auch früher den Einstieg in eine grünere, nachhaltigere Energiezukunft zu schaffen, die im Laufe der Zeit die Sicherheit und das Wohlergehen der Menschen verbessern wird;
16. **unter Verurteilung** der Entscheidung der OPEC-Plus, die Öllieferungen zu einem gefährlichen Zeitpunkt der globalen wirtschaftlichen Ungewissheit zu reduzieren;
17. **in Anerkennung** der Bedeutung und zunehmenden Wirksamkeit der finanziellen Sanktionen der NATO-Mitglieder und -Partner gegen Russland, die unter anderem den Ausschluss russischer Banken vom Finanzkommunikationssystem SWIFT, das Einfrieren der Vermögenswerte von Personen und Einrichtungen, die unmittelbar für den Krieg oder dessen Finanzierung verantwortlich sind, und die Vorenthaltung von wichtigen Dienstleistungen wie Versicherungen für russische Händler beinhalten;
18. **feststellend**, dass angesichts der großen Bedeutung westlicher Technologie für praktisch alle militärischen Systeme die Entscheidung, den Zugang Russlands zu diesen Technologien einzuschränken, die Fähigkeit des russischen Militärs, auf dem Schlachtfeld zu operieren, beeinträchtigen wird;
19. **FORDERT** die Regierungen und Parlamente der Mitgliedstaaten des Nordatlantischen Bündnisses und der NATO-Partner **NACHDRÜCKLICH AUF**,
  - a. die russische Führung für sämtliche Kriegsverbrechen, die sie begangen hat, zur Rechenschaft zu ziehen, beispielsweise durch die Einsetzung eines Sondertribunals für die strafrechtliche Verfolgung des Verbrechens der Durchführung eines Angriffskrieges;
  - b. der ukrainischen Regierung alle notwendigen Mittel für die Verteidigung ihres Volkes und ihrer kritischen Infrastruktur gegen die wahllose Bombardierung durch Russland und den russischen Feldzug am Boden zur Verfügung zu stellen;
  - c. die militärische, nachrichtendienstliche, finanzielle, ausbildungstechnische und humanitäre Unterstützung für die Ukraine auszubauen, unter anderem durch die beschleunigte Lieferung von Waffen, die die Ukraine zu ihrem Schutz und zur Wiederherstellung ihrer territorialen Unversehrtheit braucht, und diese Unterstützung so lange beizubehalten, bis die Ukraine die Oberhand behält;
  - d. die kritische humanitäre Hilfe für die ukrainischen Opfer in diesem Krieg in der Ukraine und andernorts aufrechtzuerhalten;
  - e. die Sanktionen gegen Russland weiterhin zu verschärfen, um die Fähigkeit Russlands, Krieg auf dem europäischen Kontinent zu führen, weiter zu reduzieren und der russischen Führung und den wirtschaftlichen Kräften, die sie stützen, gewaltige Kosten aufzuerlegen;
  - f. alles in ihrer Macht Stehende zu tun, um die Beschaffung russischer Energie zu vermeiden und dieses Opfer nicht nur als Akt der Solidarität mit der Ukraine aufzufassen, sondern auch als langfristige Investition in die Sicherheit;

- g. einen transatlantischen Ansatz zu erarbeiten, der alle NATO-Mitgliedstaaten und die EU einbindet, um die unmittelbare Energieversorgungskrise zu überwinden und eine langfristig sichere und nachhaltige Energiezukunft zu planen, die auf der Diversifizierung der Energieversorgung, rascheren Nutzung von grüneren und nachhaltigeren Energiequellen und mehr Energieeffizienz beruht;
- h. angesichts der Bereitschaft Russlands, grundlegende Wirtschaftsgüter anzugreifen, den Schutz kritischer ziviler Infrastruktur zu einer zentralen strategischen Priorität zu machen;
- i. konzertierte Planungsmaßnahmen für ein umfassendes Hilfsprogramm ähnlich dem Marshall-Plan für den Wiederaufbau einer prosperierenden Ukraine, die fest in der Völkerfamilie der liberalen Demokratien verankert ist, auf den Weg zu bringen - ein Projekt, zu dessen Finanzierung letztlich Russland selbst beitragen sollte angesichts der verheerenden und kostspieligen Schäden, die das Land angerichtet hat;
- j. zur Kenntnis zu nehmen, dass dieser Wiederaufbau eine nachhaltige finanzielle und politische Unterstützung von Seiten der internationalen Gemeinschaft erfordern wird, und in enger Abstimmung mit der Ukraine, der EU und wichtigen internationalen Finanzinstitutionen wie der Weltbank und dem Internationalen Währungsfonds (IWF) eine Strategie für die Finanzierung der wirtschaftlichen Neuaufstellung der Ukraine zu entwickeln;
- k. die Integration der Ukraine in die euroatlantischen Institutionen weiterhin aktiv zu unterstützen;
- l. die Entwicklungsländer bei der Bekämpfung der negativen wirtschaftlichen Folgen dieses Krieges, beispielsweise steigende Preise für Nahrungsmittel, Waren, Energie und Rohstoffe sowie steigende Zinsen, von denen arme und verschuldete Länder am stärksten betroffen sind, zu unterstützen.

#### Entschließung 479

### DIE NATO NACH DEM GIPFEL VON MADRID: FÜR DAS NEUE STRATEGISCHE ZEITALTER GEWAPPNET<sup>5</sup>

#### verabschiedet vom POLITISCHEN AUSSCHUSS

Die Versammlung,

1. **zur Kenntnis nehmend**, dass der euroatlantische Raum nicht länger in Frieden leben kann und sich das globale Sicherheitsumfeld rasch verschlechtert hat, insbesondere seitdem das russische Regime einen nicht gerechtfertigten und brutalen großangelegten Angriffskrieg gegen die Ukraine begonnen hat;
2. **mit Beifall** die Verabschiedung des neuen strategischen Konzepts der NATO beim wegweisenden Gipfel von Madrid am 29. und 30. Juni 2022 zur Kenntnis nehmend, der für das Bündnis vor dem Hintergrund der größten Sicherheitsbedrohung seit dem Zweiten Weltkrieg den Weg in die Zukunft skizziert und die Geschlossenheit und den Zusammenhalt der transatlantischen Gemeinschaft gezeigt hat; dies gilt auch für die Verabschiedung weiterer entscheidender Beschlüsse im Laufe des gesamten Jahres 2022, mit denen die NATO für die Konfrontation mit der gesamten Bandbreite der aktuellen Sicherheits Herausforderungen gut aufgestellt werden soll;
3. **ingedenk der begrüßenswerten** engen Verknüpfung zwischen dem strategischen Konzept und ihrem eigenen Beitrag und ihren eigenen Empfehlungen, insbesondere des erneuten Bekenntnisses zu gemeinsamen demokratischen Werten, der Bekräftigung des unverzichtbaren transatlantischen Bandes sowie der gestärkten Verteidigung und Abschreckung des Bündnisses und der erneuten Bekräftigung von Artikel 5 des NATO-Vertrages als Grundlage der kollektiven Verteidigung des Bündnisses;
4. **unter entschiedener Verurteilung** der fortwährenden Eskalation des schrecklichen Krieges gegen das ukrainische Volk durch Russland einschließlich der verabscheuungswürdigen Angriffe, die sich gezielt gegen Zivilistinnen und Zivilisten und die Infrastruktur richten und die als Terrorakte gegen die Bevölkerung zu betrachten sind und Kriegsverbrechen darstellen;
5. **unter Hervorhebung der Tatsache**, dass Russland zurzeit die größte und unmittelbarste Bedrohung für die euroatlantische Sicherheit darstellt;

<sup>5</sup> vorgelegt vom Politischen Ausschuss und angenommen von der Plenarversammlung am Montag, 21. November 2022



6. **unter Betonung des Umstands**, dass Russlands widerrechtliche und zynische Versuche, Teile des ukrainischen Hoheitsgebietes zu annektieren, von der internationalen Gemeinschaft niemals anerkannt oder akzeptiert werden, wie die Abstimmung in der Generalversammlung der Vereinten Nationen am 12. Oktober 2022 eindeutig gezeigt hat;
7. **unter erneuter Bekräftigung** ihrer standhaften Unterstützung der nationalen Souveränität und territorialen Integrität der Ukraine sowie Georgiens und der Republik Moldau;
8. **in Würdigung** des tapferen ukrainischen Volkes, seiner Streitkräfte und der demokratisch gewählten Institutionen und **unter Bekräftigung** der Notwendigkeit der unerschütterlichen Solidarität des Bündnisses mit der Ukraine, die ihre Unabhängigkeit verteidigt und die vorderste Front der demokratischen Welt bildet und dafür immenses Leid und das höchste Opfer auf sich nimmt;
9. **erfreut über** das umfassende Hilfspaket (*Comprehensive Assistance Package*) für die Ukraine und das Bekenntnis der NATO, die Ukraine beim Übergang zu moderner Ausrüstung, zur Ausweitung der Interoperabilität und zur weiteren Stärkung ihrer Verteidigungs- und Sicherheitsinstitutionen zu unterstützen, und **mit Beifall** die entscheidende militärische, wirtschaftliche und humanitäre Hilfe **zur Kenntnis nehmend**, die einzelne NATO-Mitgliedstaaten und Partner der Ukraine zur Unterstützung der Selbstverteidigung gegenüber Angriffen leisten;
10. **zur Kenntnis nehmend**, dass die Volksrepublik China ein strategischer Rivale ist und die euroatlantische Sicherheit sowie die euroatlantischen Interessen und Werte vor vielfältige und systemische Herausforderungen stellt, und **eingedenk der begrüßenswerten** zunehmenden Konvergenz der europäischen und nordamerikanischen Politik und Haltungen gegenüber China;
11. **sich der Folgen bewusst**, den der Krieg Russlands gegen die Ukraine mit Blick auf die wirtschaftlichen, humanitären und sicherheitspolitischen Bedingungen in den Entwicklungsländern hat;
12. **bei vorbehaltloser Unterstützung** des grundlegenden Wandels des Abschreckungs- und Verteidigungsdispositivs der NATO und der Transformation der Streitkräftestruktur der NATO in Richtung einer verstärkten Vornepräsenz und eines deutlichen Ausbaus der Streitkräfte mit hohem Bereitschaftsgrad;
13. **unter Hervorhebung** der Tatsache, dass es für die NATO sehr wichtig ist, sich auch in Zukunft zu einem 360-Grad-Ansatz in Bezug auf die Sicherheit zu bekennen und den Schwerpunkt weiterhin auf die Bekämpfung der sich weiterentwickelnden Bedrohung des Terrorismus und anderer Herausforderungen zu legen, unter anderem Instabilität im Süden, Cyber-Angriffe und hybride Operationen, sicherheitspolitische Implikationen des Klimawandels, irreguläre Migration, Menschenhandel, Bedrohungen für die Energiesicherheit sowie die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen und fortschrittlicher Militärtechnologie;
14. **höchst erfreut** über die Einladung an Finnland und Schweden, dem Bündnis beizutreten - der Beitritt wurde von fast allen Parlamenten der Mitgliedstaaten ratifiziert und würde die euroatlantische Sicherheit insgesamt stärken -, und **unter Bekräftigung** ihrer fortwährenden Unterstützung für die Politik der offenen Tür der NATO und der euroatlantischen Integration der Ukraine, Georgiens und Bosniens und Herzegowinas;
15. **unter Wertschätzung** des erweiterten Umfangs der Zusammenarbeit zwischen der NATO und der Europäischen Union sowie mit gleichgesinnten Partnern auf der ganzen Welt, die durch gemeinsame demokratische Werte und das entschlossene Bekenntnis zum Schutz der regelbasierten internationalen Ordnung geeint sind;
16. **unter Hinweis darauf**, dass das Bündnis seine Fähigkeiten und Expertise im Bereich des Krisenmanagements beibehalten und in diesem Zusammenhang die bisherigen Erfahrungen aus früheren Missionen, beispielsweise der 20 Jahre währenden Mission der NATO in Afghanistan, in vollem Umfang nutzen muss;
17. äußerst besorgt über die fortwährenden Verstöße gegen Rüstungskontrollverpflichtungen von Seiten Russlands und die Erosion der weltweiten Rüstungskontroll- und Nichtverbreitungsregime und Russlands rücksichtsloses und inakzeptables atomares Säbelrasseln **verurteilend**;
18. **eingedenk der willkommenen** Betonung der Förderung von Resilienz im gesamten neuen strategischen Konzept;
19. **FORDERT** die Regierungen und Parlamente der Mitgliedstaaten des Nordatlantischen Bündnisses **NACHDRÜCKLICH AUF**,
  - a. die auf dem Gipfel von Madrid getroffenen Beschlüsse in Bezug auf alle drei Kernaufgaben in vollem Umfang und unverzüglich umzusetzen und dabei die Verstärkung und Modernisierung der NATO-Streitkräftestruktur und Stärkung der Vorneverteidigung zu priorisieren, unter anderem durch Sicherstellung des angemessenen Einsatzes von Land-, Luft- und Seestreitkräften sowie unbemannten Kräften und Artilleriekräften in den NATO-Mitgliedstaaten, die an vorderster Front stehen;

- b. die Ratifizierung des Beitritts Finnlands und Schwedens zum Nordatlantikbündnis schnellstmöglich abzuschließen;
- c. klarzustellen, dass angesichts der eklatanten und wiederholten Verstöße Russlands gegen die NATO-Russland-Gründungsakte dieses Dokument mit seinen Bestimmungen, die die Vornedislozierung von NATO-Streitkräften begrenzt, nunmehr nichtig ist;
- d. ihre Verpflichtungen gemäß der Zusage für Verteidigungsinvestitionen von 2014 in vollem Umfang zu erfüllen und die Anpassung der Verteidigungsfähigkeiten des Bündnisses weiterhin kontinuierlich anzupassen;
- e. die militärische, nachrichtendienstliche, finanzielle, ausbildungstechnische und humanitäre Unterstützung für die Ukraine auszubauen, unter anderem durch die beschleunigte Lieferung von Waffen, die die Ukraine zu ihrem Schutz und zur Wiederherstellung ihrer territorialen Unversehrtheit braucht, und diese Unterstützung so lange beizubehalten, bis die Ukraine die Oberhand behält, und gleichzeitig die Rückverfolgbarkeit der gelieferten Waffen sicherzustellen;
- f. den zusätzlichen Wert, den die euroatlantische Integration der Ukraine für die kollektive Verteidigung des Bündnisses bedeuten würde, in vollem Umfang anzuerkennen, die aktive Unterstützung für die Integration der Ukraine in die euroatlantischen Institutionen fortzusetzen und sich über die nächsten Schritte mit Blick auf die NATO-Mitgliedschaft der Ukraine zu verständigen, für die sich das ukrainische Volk entschieden hat und die in der Verfassung der Ukraine verankert ist;
- g. die Arbeit der Internationalen Krim-Plattform einschließlich ihres parlamentarischen Gipfels als Instrument zur Konsolidierung der Anstrengungen auf parlamentarischer Ebene, deren Ziel die Befreiung der Krim und der Stadt Sewastopol ist, zu unterstützen;
- h. gemeinsam Maßnahmen zur Einrichtung eines internationalen Tribunals zu unternehmen, das das Verbrechen der Durchführung eines Angriffskrieges strafrechtlich verfolgt, das Russland mit seinem Krieg gegen die Ukraine begangen hat, sowie die Verpflichtung aufzuerlegen, im Rahmen internationaler Kompensationsmechanismen vollständig Ersatz für Verluste oder Schäden zu leisten;
- i. klarzustellen, dass der russische Staat unter dem derzeitigen Regime ein Terrorstaat ist;
- j. das im neuen strategischen Konzept erneut bekräftigte Bekenntnis zu gemeinsamen demokratischen Werten zu operationalisieren, unter anderem durch die Einrichtung eines Zentrums für demokratische Resilienz (*Centre for Democratic Resilience*) beim NATO-Hauptquartier, das als Ressource für die Förderung demokratischer Werte und den Schutz derjenigen Institutionen dient, die die Stärke der verbündeten Demokratien schützen;
- k. dafür zu sorgen, dass die Bekämpfung des Terrorismus in all seinen Formen nach wie vor oberste Priorität für das Bündnis hat, und auch weiterhin in Präventions-, Schutz- und Abwehrmaßnahmen zu investieren sowie die Zusammenarbeit mit Partnern - insbesondere im Süden - im Bereich des Kapazitätsaufbaus auszuweiten;
- l. die NATO als politische Institution zu stärken und sie als wichtigste Plattform für Konsultationen unter den Verbündeten über alle Aspekte der euroatlantischen Verteidigung und Sicherheit in vollem Umfang zu nutzen;
- m. aufbauend auf dem strategischen Konzept in enger Zusammenarbeit mit weiteren Verbündeten sowie Partnern eine gemeinsame Reaktion der NATO auf das immer dominanter werdende Vorgehen Chinas zu entwickeln, unter anderem durch robuste Sicherheitsmaßnahmen für Investitionen Dritter in strategischen Sektoren und durch den Abbau strategischer Abhängigkeiten und Zusammenarbeit mit den Partnern des Bündnisses, beginnend mit der EU und einschließlich der neuen und bereits vorhandenen indopazifischen Partnern, um gemeinsame Sicherheitsinteressen zu wahren, die durch Chinas systemische Herausforderung für die euro-atlantische Sicherheit und Versuche zur Unterwanderung der regelbasierten internationalen Ordnung verstärkte Bedeutung erlangen, und gleichzeitig auch weiterhin nach Möglichkeiten für einen konstruktiven Dialog mit Peking zu suchen, beispielsweise in Bezug auf die Bekämpfung des Klimawandels sowie militärische Transparenz und Rüstungskontrolle;
- n. die politische und praktische Zusammenarbeit mit der EU - dem einzigartigen und grundlegenden Partner der NATO - in allen Bereichen weiterzuentwickeln und gleichzeitig die umfassende Einbeziehung der Verbündeten, die nicht Mitglieder der NATO sind, in die verteidigungsbezogenen Projekte der Union zu fördern;

- o. die Unterstützung für die besonders gefährdeten Partner Bosnien und Herzegowina, Georgien und Republik Moldau zu verstärken, um sie beim Aufbau ihrer Integrität und Resilienz sowie bei der Entwicklung ihrer Fähigkeiten und Bewahrung ihrer politischen Unabhängigkeit zu unterstützen, und die euroatlantische Integration von Georgien und Bosnien und Herzegowina weiterhin zu unterstützen;
- p. die sicherheitspolitischen Entwicklungen in der Schwarzmeerregion weiterhin aufmerksam zu beobachten und die Verbündeten und Partnerländer in der Region bei der Aufrechterhaltung von Frieden, Sicherheit und Stabilität dort zu unterstützen, beispielsweise durch die Entwicklung der Zusammenarbeit bei der maritimen Sicherheit, Navigationsfreiheit und der Beziehungen in den Bereichen Wirtschaft, Tourismus und Handel;
- q. die Partnerschaften der NATO mit gleichgesinnten Partnern, darunter auch im Indopazifik, sowie mit den Regionen an der NATO-Südflanke, wo sich Instabilität unmittelbar auf die euroatlantische Sicherheit auswirkt, auszubauen;
- r. die NATO auch weiterhin als Plattform für die Koordinierung der Rüstungskontrollpolitik zu nutzen und dabei dem vorherrschenden Sicherheitsumfeld und einer effektiven Abschreckung und Verteidigung Rechnung zu tragen;
- s. die Fähigkeit aufrechtzuerhalten, außerhalb des NATO-Gebiets zu operieren, vor allem im erweiterten euroatlantischen Gebiet, beispielsweise im Mittelmeerraum und auf dem Balkan, die Erfahrungen aus den früheren Missionen der NATO zu nutzen, um die Parameter des NATO-Engagements besser zu definieren, und klare, erreichbare und realistische Ziele, Maßstäbe und Zeitrahmen festzulegen;
- t. Resilienz im Sinne eines umfassenden gesamtgesellschaftlichen Ansatzes als erste Abschreckungs- und Verteidigungslinie zu fördern und belastbare grundlegende Anforderungen im gesamten Bündnis zu erfüllen;
- u. Investitionen in angemessenem Umfang sicherzustellen, um den technologischen Vorsprung der NATO aufrechtzuerhalten und bahnbrechende Initiativen der NATO zu unterstützen, z.B. den Beschleuniger von Verteidigungsinnovationen für den Nordatlantik (*Defence Innovation Accelerator for the North Atlantic*, DIANA) und den NATO-Innovationsfonds;
- v. Aufklärungs- und Informationskampagnen für die Bevölkerungen in den Mitglied- und Partnerstaaten der NATO und insbesondere für junge Menschen über die NATO und das einzigartige transatlantische Band zu verstärken, um der Flut autoritärer Narrative besser entgegenzuwirken;
- w. die Impulse bei der Förderung der Agenda für Frauen, Frieden und Sicherheit aufrechtzuerhalten;
- x. das Ziel der NATO zu unterstützen, zur weltweit führenden Organisation in Bezug auf Erkenntnisse über und Anpassung an die Auswirkungen des Klimawandels unter Sicherheitsaspekten zu werden.

## Entschließung 480

KLIMAWANDEL UND INTERNATIONALE SICHERHEIT – DIE AGENDA DER NATO<sup>6</sup>

verabschiedet vom

## AUSSCHUSS FÜR WISSENSCHAFT UND TECHNOLOGIE

Die Versammlung,

1. **unter Hinweis auf** die Bemühungen der Versammlung seit den 1980er Jahren, den Klimawandel und dessen gravierende sicherheitspolitische Implikationen besser zu verstehen und zu bekämpfen, und insbesondere auf Entschließung 427 (2015), in der festgestellt wurde, dass die mit dem Klimawandel zusammenhängenden Gefahren einen signifikanten Bedrohungsmultiplikator darstellen;
2. **besorgt darüber**, dass der Klimawandel eine echte und wachsende internationale sicherheitspolitische Herausforderung darstellt, und **zur Kenntnis nehmend**, dass das neue strategische Konzept den Klimawandel als "Krise und Bedrohungsmultiplikator" auffasst, der vorhandene sicherheitspolitische Herausforderungen auf dem gesamten Erdball verschärft;
3. **unter Betonung des Umstands**, dass Extremwetterereignisse bereits jetzt eine große Gefahr für die militärischen Operationen und Stützpunkte des Bündnisses sowie die Gesundheit der Soldatinnen und Soldaten, die militärische Ausrüstung und die kritische Infrastruktur darstellen, und **zur Kenntnis nehmend**, dass die Häufigkeit und Intensität von Extremwetterereignissen zunehmen;
4. **in der Erkenntnis**, dass der Klimawandel unsere Streitkräfte zwingen wird, sich häufiger im Bereich des Katastrophenschutzes zu engagieren, und dass die Anforderungen an unsere Streitkräfte, Hilfe zu leisten, weiter steigen werden;
5. **zur Kenntnis nehmend**, dass ein sich veränderndes Klima unser Sicherheitsumfeld verändern und sich möglicherweise spürbar auf die Planungen und Operationen der NATO auswirken wird;
6. **in Anerkennung der Tatsache**, dass der Verteidigungssektor nach wie vor der größte Kohlenwasserstoffverbraucher weltweit ist und dass militärische Operationen und Übungen große Mengen an fossilen Brennstoffen verbrauchen;
7. **hervorhebend**, dass die Energieunabhängigkeit von Drittstaaten wie Russland die Fähigkeit des Bündnisses zur Durchführung von Militäroperationen und -übungen verbessern würde;
8. **zur Kenntnis nehmend**, dass die durch den menschengemachten Klimawandel verursachten Extremwetterphänomene schon jetzt gravierende Folgen für unsere Umwelt, Volkswirtschaft, Infrastruktur und unsere Sozialsysteme haben, und **unter Hinweis darauf**, dass sich diese Ereignisse kurzfristig negativ auf die kritische Infrastruktur und die lokale Bevölkerung auswirken, beispielsweise in Form temporärer Fluchtbewegungen;
9. **besorgt**, dass der Klimawandel voraussichtlich auf der ganzen Welt Instabilität hervorrufen wird, was zum Scheitern von Staaten und zu gewaltsamen Konflikten in schwachen Ländern führen könnte, und dass die Effekte von Instabilität und Klimawandel zusammengenommen voraussichtlich in den kommenden Jahren Migrationsbewegungen verstärken werden;
10. **ermutigt** durch die Tatsache, dass die Verbündeten 2021 einen Klimawandel- und Sicherheitsaktionsplan verabschiedet haben, in dem die Klimawandel- und Sicherheitsagenda der NATO operationalisiert wird, und **unter Hinweis darauf**, dass sich die Staats- und Regierungschefs der NATO-Mitgliedstaaten zur durchgängigen Berücksichtigung des Klimawandels und der menschlichen Sicherheit bei den Kernaufgaben des Bündnisses verpflichtet haben;
11. **erfreut darüber**, dass die NATO beim Gipfel von Madrid 2022 ihre erste jährliche Folgenabschätzung zu Klimawandel und Sicherheit (*Climate Change and Security Impact Assessment, CCSIA*), die das Bewusstsein über die Folgen des Klimawandels für das strategische Umfeld der NATO und die Einrichtungen und Vermögenswerte, Missionen und mehrdimensionale Operationen sowie die Resilienz und die Bereitschaft im zivilen Bereich des Bündnisses erweitern, vorgelegt haben;

<sup>6</sup> vorgelegt vom Ausschuss für Wissenschaft und Technologie und angenommen vom Plenum am Montag, 21. November 2022

12. **mit nachdrücklichem Verweis** auf die Bedeutung der Suche nach technologischen Lösungen zur Anpassung an die bzw. Abschwächung der Folgen des Klimawandels;
13. **zur Kenntnis nehmend**, dass die Wissenschafts- und Technologieorganisation (*Science and Technology Organization*, STO) der NATO sowie das NATO-Zentrum für Meeresforschung (*Centre for Maritime Research and Experimentation*, CMRE) in diesem Bereich wichtige Arbeit leisten;
14. **unter Hinweis auf** die Arbeit weiterer internationaler Organisationen wie der Vereinten Nationen der EU und der OSZE mit Blick auf den Klimawandel und sicherheitspolitische Fragen;
15. **eingedenk** der begrüßenswerten Entscheidung Kanadas, ein Klimawandel- und Sicherheits-Exzellenzzentrum (*Climate Change and Security Centre of Excellence*, CCASCOE) einzurichten, das von der NATO beim Gipfel 2022 in Madrid akkreditiert wurde;
16. **unter nachdrücklicher Befürwortung** der Ziele der NATO, militärische Emissionen zu reduzieren und die Streitkräfte "grüner" zu gestalten, was dem Bündnis dabei helfen wird, den Klimawandel abzuschwächen und die Streitkräfte autarker zu machen und sie in die Lage zu versetzen, ihre Missionen durchzuführen;
17. **zur Kenntnis nehmend**, dass die Klimaschutzpolitik des Bündnisses die Fähigkeit der Mitgliedstaaten zur Durchführung ihrer Kernaufgaben der kollektiven Abschreckung und Verteidigung nicht beeinträchtigen darf;
18. **FORDERT** die Regierungen und Parlamente der Mitgliedstaaten des Nordatlantischen Bündnisses **NACHDRÜCKLICH AUF**,
  - a. die Investitionen zur Erhöhung der Energieeffizienz in Bezug auf die Streitkräfte des Bündnisses und deren Fähigkeit zur Anpassung an das sich verändernde Klima zu verstärken;
  - b. die Reaktion der NATO zur Reduzierung der Gefährdungen durch Aktualisierung ihrer sieben grundlegenden Anforderungen für die nationale Resilienz zu operationalisieren, um die Folgen des Klimawandels für die Sicherheit besser abzubilden;
  - c. häufige Befragungen betreffend die zivile und militärische kritische Infrastruktur des Bündnisses durchzuführen, um ihre aktuelle und künftige Fähigkeit zu bewerten, vorhersehbaren sowie irregulären, extremen Wetterereignissen standzuhalten und häufige Stresstests und Übungen zwecks Verbesserung ihrer Resilienz zu organisieren;
  - d. einen gesamtgesellschaftlichen Ansatz in Bezug auf die durch den Klimawandel verursachten zivilen und militärischen sicherheitspolitischen Herausforderungen zu verfolgen und ihre Kommunikationsbemühungen auszuweiten, um die Kenntnisse über die Folgen des Klimawandels für die zivile und militärische Sicherheit der Verbündeten weiterzuentwickeln;
  - e. Überlegungen betreffend den Klimawandel als Querschnittsthema in allen staatlichen Haushalten, Projekten, Aktivitäten und Initiativen zu berücksichtigen mit dem Ziel, die Resilienz und Bereitschaft in Bezug auf den Klimawandel zu fördern;
  - f. die Unterstützung des Bündnisses für multilaterale Anstrengungen insbesondere von Seiten der Europäischen Union mit dem Ziel aufrechtzuerhalten, globale und umfassende Lösungen für die Herausforderungen im Zusammenhang mit dem Klimawandel herbeizuführen;
  - g. das Potenzial von Wissenschaft und Technologie zu nutzen, um klimabezogene Maßnahmen zu unterstützen und zu diesem Zweck die Erforschung von innovativen und neuen Anwendungen insbesondere zur Unterstützung der Anpassung an den Klimawandel zu fördern;
  - h. Investitionen in Forschungs- und Entwicklungsprojekte für klimaneutrale Technologien - insbesondere klimaneutrale Treibstoffe und Antriebssysteme - auszubauen, um die militärische Effektivität der Streitkräfte des Bündnisses weiter zu stärken;
  - i. zu prüfen, inwieweit die Ressourcen der Wissenschafts- und Technologieorganisation der NATO (STO) gestärkt werden können, um einen Beitrag zu Fortschritten bei technologischen Lösungen zu leisten und allgemein angemessene personelle und finanzielle Ressourcen für Initiativen zur Verfügung zu stellen, die zu einem besseren Verständnis des Klimawandels beitragen sollen;
  - j. mithilfe der Einrichtung eines "Resilienzentrums Demokratie" (*Democratic Resilience Centre*) im NATO-Hauptquartier die Studien- und Frühwarnkapazitäten der NATO in Bezug auf schwache Staatsführungen zu erweitern, um zu verhindern, dass im Zusammenhang mit dem Klimawandel stehende Extremwetterereignisse zu sozialen Unruhen und politischer Instabilität führen, die den gesellschaftlichen und demokratischen Zusammenhalt sowie die Werte und Institutionen unserer Völker gefährden könnten;

- 
- k. das Instrumentarium der NATO und der Verbündeten zur strategischen Vorausschau zu stärken, um die Folgen des Klimawandels für die politische, wirtschaftliche und soziale Stabilität der Länder in der unmittelbaren Nachbarschaft des Bündnisses zu beobachten.



